

Albrecht Riechers

Hilfe für Solidarność

Zivilgesellschaftliche und
staatliche Beispiele aus der
Bundesrepublik Deutschland
in den Jahren 1980–1982



Reihe
Gesprächskreis
Geschichte
Heft 67

FRIEDRICH
EBERT 
STIFTUNG

Gesprächskreis Geschichte

Heft 67

Albrecht Riechers

Hilfe für Solidarność

Zivilgesellschaftliche und staatliche
Beispiele aus der Bundesrepublik Deutschland
in den Jahren 1980–1982

Friedrich-Ebert-Stiftung
Historisches Forschungszentrum

Herausgegeben von Dieter Dowe
Historisches Forschungszentrum der Friedrich-Ebert-Stiftung
Für die Mitarbeit bei der Bearbeitung dankt der Herausgeber Cordia Baumann,
Cécile Engel und Andreas Salomon.

Kostenloser Bezug beim Historischen Forschungszentrum
der Friedrich-Ebert-Stiftung
Godesberger Allee 149, D-53175 Bonn
Tel.: (0228) 883-473
E-Mail: Doris.Fassbender@fes.de

© 2006 by Friedrich-Ebert-Stiftung
Bonn (-Bad Godesberg)
Umschlag: Pellens Kommunikationsdesign GmbH, Bonn
Fotos S. 64: Quelle: Hauptstaatsarchiv Düsseldorf
Bei einigen Fotos und Abbildungen konnten trotz intensiver Recherchen die
Urheber nicht ermittelt werden. Rechteinhaber mögen sich bitte wenden an:
Historisches Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung, 53170 Bonn
Druck: bub Bonner Universitäts-Buchdruckerei
Alle Rechte vorbehalten
Printed in Germany 2006
ISSN 0941-6862
ISBN 3-89892-509-9

Inhalt

Adam Krzeminski

Vorwort 5

Albrecht Riechers

Hilfe für Solidarność. Zivilgesellschaftliche und staatliche
Beispiele aus der Bundesrepublik Deutschland in den
Jahren 1980-1982..... 8

I. Einleitung 8

II. Zivilgesellschaftliche Hilfe für Polen während der
Solidarność-Epoche 16

1. Hilfe westdeutscher Bürger: Die Paketaktionen 16

2. Aktionen der Deutsch-Polnischen Gesellschaft
Hannover e.V. 25

3. „Solidarność-Besuch“ in Bremen –
staatliche und zivilgesellschaftliche Hilfe 38

4. Politische Kontakte einzelner Personen mit
polnischen Oppositionellen 58

III. Fazit 65

IV. Anhang..... 70

Adam Krzeminski

Vorwort

Dieses schmale Bändchen ist für die dramatische Geschichte der deutsch-polnischen Beziehungen ein beeindruckendes Dokument. Im Bewusstsein sowohl der Deutschen als auch der Polen wurde diese Geschichte beherrscht vom Zweiten Weltkrieg, von der barbarischen Besetzung Polens, der Verschiebung der Grenzen, den Massendeportationen und -aussiedlungen, infolgedessen von der über lange Jahre – und das beiderseits – „ungeliebten Nachbarschaft“.

Albrecht Riechers hingegen, der langjährige Vorsitzende der größten Deutsch-Polnischen Gesellschaft in Deutschland - denn an ihrem Höhepunkt zählte sie rund 500 Mitglieder –, erzählt die Geschichte der großen Welle an Solidarität von Deutschen mit Polen nach der Einführung des Kriegszustandes in Polen am 13. Dezember 1981 durch General Jaruzelski und der Unterdrückung der *Solidarność*. Millionen Deutsche schickten spontan Millionen Pakete nach Polen, sammelten Geld und organisierten Transporte.

Diese Welle der Sympathie wurde öfter mit einer ähnlichen „Polenbegeisterung“ verglichen, wie sie Deutschland nach dem Scheitern des Novemberaufstandes 1831/32 erfasste, als polnische Flüchtlinge in deutschen Städten von spontan entstandenen Komitees willkommen geheißen wurden, als deutsche Dichter pathetische Verse zu Ehren des polnischen Widerstands verfassten und bei dem patriotischen Treffen deutscher Burschenschaften auf dem Hambacher Schloss in der Pfalz 1832 neben deutschen Fahnen auch die polnische und die französische geschwenkt wurden.

Dieser historische Vergleich ist berechtigt, aber er reicht nicht aus. Die deutschen Paketaktionen waren in den 1980er-Jahren

der erste wirkliche große psychologische Durchbruch im Verhältnis zwischen Deutschen und Polen. Bis dahin hatte das Interesse für Polen in der Bundesrepublik nur vergleichsweise enge Kreise betroffen. 1956 wurde der „Polnische Oktober“ im deutschen Bewusstsein vom Ungarn-Aufstand verdeckt. In den 1960er-Jahren begann Polen für einzelne Medien und intellektuelle Kreise interessant zu werden, die Willy Brandts neue Ostpolitik und die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze vorbereiteten.

Besonders wichtig waren die kirchlichen Initiativen des Jahres 1965, die sogenannte „Ost-Denkschrift“ der Evangelischen Kirche in Deutschland und der Briefwechsel zwischen den polnischen und deutschen katholischen Bischöfen im Gefolge des II. Vaticanums. In den 1970er-Jahren errangen die polnischen Fußballer Anerkennung bei deutschen Fans. Doch erst mit der Eruption der *Solidarność* im August 1980 trat Polen im Bewusstsein der Deutschen als ein Land in Erscheinung, das um seine politische Identität im Herzen Europas kämpft.

Es lässt sich nicht verhehlen, dass die *Solidarność*-Bewegung in Westdeutschland nicht auf breites Verständnis traf, zumal der deutschen Linken die katholischen Formen der *Solidarność*-Selbstverwaltungen – gelinde gesagt – zu „exotisch“ vorkamen. Als zu gefährlich für den Status quo in Europa erschien vielen deutschen Politikern und Publizisten auch der Impetus des explosionsartigen Auftauchens der *Solidarność*. Mit Albrecht Riechers‘ Broschüre wird das komplizierte Verhältnis zum polnischen Freiheitskampf in Westdeutschland leicht erkennbar. Ein deutscher Leser mag bei der Lektüre darüber nachdenken, welche Saiten die Eruption der *Solidarność* und ihr – wie man meinen konnte – Scheitern im deutschen Unbewussten anschlug: Sympathie? Mitgefühl? Gewissensbisse gegenüber den „romantischen“, aber auch „lebensfremden“ Polen? Ein polnischer Leser wiederum mag bei der Lektüre dieses Bändchens über die ausgezeichneten Formen der Selbstorganisation der deutschen Bürgergesellschaft

nachsinnen, die innerhalb kurzer Zeit soviel guten Willen und Organisationstalent in sich weckte, um den bedrängten Polen zu helfen. Letzten Endes widersprachen diese Paketaktionen – die übrigens auch polenfreundliche Kreise in der DDR mittrugen – den nach wie vor lebendigen deutsch-polnischen Stereotypen. Wir in Polen sollten sie nicht nur nicht vergessen, wir sind geradezu moralisch verpflichtet, diese Schuld des Mitgeföhls und der Sympathie abzutragen, indem wir anderen Bedürftigen in unserer Nachbarschaft helfen. Schließlich waren die deutschen Paketaktionen zu Beginn der 1980er-Jahre kein Einzelfall. Während der großen Flut 1997 erfuhren wir ebensoviel solidarische Hilfe von Seiten der Deutschen, die im Sommer 2002 durch die spontane Hilfe aus Polen für die Flutopfer in Sachsen erwidert wurde.

Die vorliegende Dokumentation ist natürlich nicht erschöpfend. Albrecht Riechers konzentriert sich auf das Hannoveraner Milieu, ähnliche Gruppen waren in anderen Städten aktiv, in Bremen, Kiel, Hamburg, München, Berlin oder Freiburg. Aus eben diesen Kreisen entwickelte sich eine durchaus nicht unbedeutende Nichtregierungsbewegung, die sich für wirkliche Freundschaft zwischen Deutschen und Polen einsetzte. Trotz einiger deutsch-polnischer Meinungsverschiedenheiten der letzten Jahre ist das zu Beginn des 21. Jahrhunderts ein solider Rückhalt für unsere gegenseitigen Beziehungen. Und für die damalige Hilfe ziemt es sich, noch einmal zu sagen: Wir danken euch herzlich, mögen wir in Zukunft imstande sein, gemeinsam denen zu helfen, die bedürftiger sind als wir.

Albrecht Riechers

Hilfe für Solidarność Zivilgesellschaftliche und staatliche Beispiele aus der Bundesrepublik Deutschland in den Jahren 1980–1982

Als der Verfasser¹, selbst zivilgesellschaftlicher Akteur in dem dargestellten Bereich, mit der Abfassung der vorliegenden Arbeit begann, konnte er sich zwar gut an die über das ganze Bundesgebiet verbreiteten Aktionen der Polenhilfe erinnern, ihm war aber nicht mehr gegenwärtig, wie immens deren materieller Umfang war. Jedenfalls fiel ihm für die Dauer seines Lebens keine andere solidarische Hilfe dieses Ausmaßes in Deutschland ein.

I. Einleitung

Peter Bender sagte im Frühjahr 2004 im Rahmen des Neuhardenberger Symposiums:

„Das alles umstürzende und schließlich alles entscheidende innenpolitische Ereignis war die Gründung und Zulassung von Solidarność. Nun gab es zwei Polen, die ‚Macht‘, die ihre Macht immer mehr verlor, und die große Masse der Polen, die hinter Solidarność stand. Das Kriebsrecht veränderte das Bild, aber nicht die Teilung in Regime-Getreue und Oppositionelle. [...] Regime und Opposition begrüßten

¹ Albrecht Riechers, geb. 1939, Ministerialrat a.D., war von 1979–1997 Vorsitzender der Deutsch-Polnischen Gesellschaft Hannover e.V. Er gehörte zu den Mitbegründern der Deutsch-Polnischen Gesellschaft Bundesverband e.V. und der Zeitschrift *Dialog*. Zur Zeit ist er Vorstandmitglied der Deutsch-Polnischen Gesellschaft Bundesverband e.V.

jeweils die Deutschen, die sich auf ihre Seite stellten, eine dritte unabhängige Stellung wurde nicht geduldet.“

„Die Westdeutschen, Volk und politische Klassen, schwankten zwischen Bewunderung und Befürchtung. Die Polen waren populär wie nie seit dem Aufstand von 1830, die private Hilfe übertraf die rhetorischen Bekundungen weiter westlich gelegener Länder. Befürchtungen aber hegten Politiker aller Parteien. Wird das ein zweites Ungarn, ein zweites Prag? Später fragten sich manche in Bonn, ob polnisches Kriegesrecht vielleicht besser sei als sowjetische Okkupation.“²

Das Thema dieses Aufsatzes lässt die Behandlung der „Hilfe für *Solidarność*“ als einer etablierten politischen oder gewerkschaftlichen Organisation mit fest gefügten Strukturen erwarten. Davon ist aus verschiedenen Gründen nicht auszugehen. *Solidarność* war eine spontane Gründung im Anschluss an die Streikwelle in Polen, war Bewegung, kaum Institution. Politisch ideale Beziehungen, wie sie etwa für Frankreich nachweisbar sind, bestanden nach Deutschland nur in geringer Zahl.³

Peter Bender⁴ deutet auf die publizistische Zurückhaltung deutscher Politiker, insbesondere von Sozialdemokraten hin, die den eingeleiteten Entspannungsprozess mit den Machthabern nicht gefährdet sehen wollten. Gleichzeitig sei jedoch darauf hingewiesen, dass die sozialliberale Bundesregierung sich massiv für humanitä-

² Stiftung Schloss Neuhardenberg (Hrsg.), Deutsch-Polnische Beziehungen: Verhältnis ungeklärt. Was war? Was ist? Was wird sein? Dokumentation der Vorträge, Berlin 2004, S. 36 f.

³ *Natalie Bégin*, Kontakte zwischen Gewerkschaften in Ost und West. Die Gründung von *Solidarność* und ihre Auswirkungen in Deutschland und Frankreich, in: *Archiv für Sozialgeschichte (AfS)* 45 (2005), S. 293–325.

⁴ Peter Bender, *Die Neue Ostpolitik und ihre Folgen. Vom Mauerbau bis zur Vereinigung*, München 1995.

DGB

SOLIDARITÄT für Polen

30. Januar 1982

- **Tag der Solidarität mit unseren polnischen Kolleginnen und Kollegen!**
Tag der Gewerkschaftsfreiheit!
Beteiligt Euch an den Aktionen und Veranstaltungen des DGB!



Helpf den polnischen
Arbeitnehmern
in ihrer Not!

Kauft unsere
Solidaritätsabzeichen
und Aufkleber!

Spenden können außerdem auf die Spendenkonten
„Solidarität für Polen – Deutscher Gewerkschaftsbund e.V.“
Konto-Nr. 99999 bei der Bank für Gemeinwirtschaft,
Düsseldorf (Bankleitzahl 300 101 11)

oder Postscheckkonto Nr. 43-431 beim Postscheckamt Essen
(Bankleitzahl 360 100 43)
eingezahlt werden.



Heinz Oskar Vetter bei seiner Rede zur Großveranstaltung „Solidarität mit Solidarność“ in Mülheim an der Ruhr am 30. Januar 1982



Erwin Kristoffersen, Leiter der Internationalen Abteilung des DGB; Rudi Feix, Betriebsratsvorsitzender der coop-Betriebe Braunschweig; Dirk Hempel, Betriebsratsvorsitzender der coop-Betriebe Hannover (v.l.n.r.). Die als Scheck überreichte Summe von 4.310,- DM war das Ergebnis einer Sammlung der coop-Betriebsangehörigen.



Großveranstaltung des DGB „Solidarität mit Solidarność“, erste Reihe (v.r.n.l.): Willy Brandt, Vorsitzender der SPD; Heinz Oskar Vetter, Vorsitzender des DGB; Norbert Blüm, Bundesvorsitzender der Christlich Demokratischen Arbeiterschaft (CDA)



Nach der Großveranstaltung verabschiedet der DGB-Vorsitzende Heinz Oskar Vetter einen Lastzug der gewerkschaftlichen Lebensmittelkette coop.

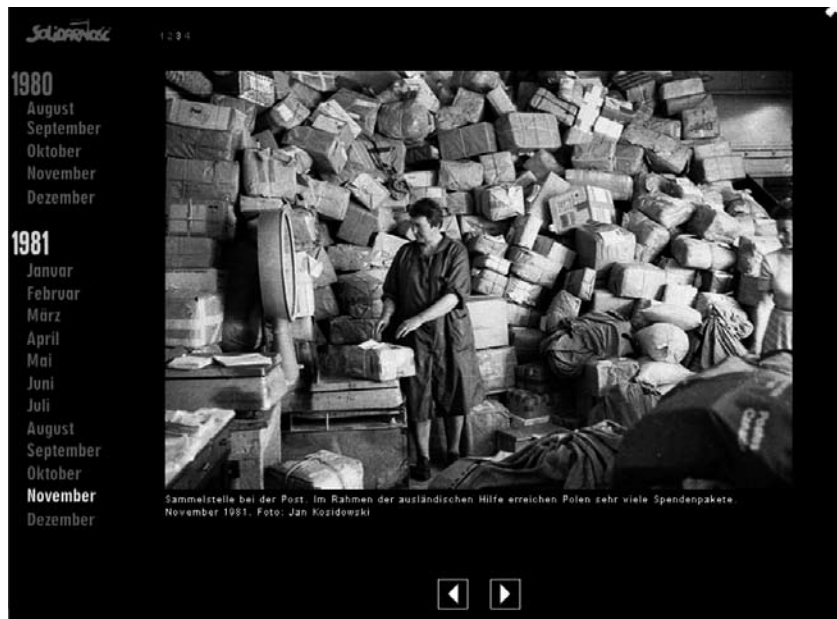


Foto aus der Ausstellung „Solidarność – Der Beginn“

re Hilfe in Polen einsetzte, u.a. durch die zeitweilige kostenlose Beförderung der Paketsendungen. Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) unterstützte die *Solidarność*-Bewegung mit einer breiten Kampagne, deren erster Höhepunkt am 30.1.1982 mit der zentralen Kundgebung „Solidarität mit Solidarność“ in Mülheim/Ruhr erreicht wurde. Schon vor Ausrufung des Kriegsrechts hatte der DGB-Vorsitzende Heinz Oskar Vetter zu der Gründungsversammlung eines Vereins „Solidarität mit Polen – Deutscher Gewerkschaftsbund“ für den 14.12.1981 aufgerufen. An dieser Sitzung unter der Leitung Veters nahmen Maria Weber, Irmgard Blätzel, Alois Pfeiffer, Gerhard Schmidt, Gunter Stephan, Gerhard Vater sowie die dort gewählten Vorstandsmitglieder Erwin Kristoffersen (Vorsitzender), Dr. Heinz Gester und Rolf-Lothar Mähle teil. Angesichts der akuten Not in Polen wurde der Verein sofort tätig. Den Einzelgewerkschaften wurde empfohlen, je Mitglied einen Beitrag von 0,06 DM zu entrichten, eine Spende, die insgesamt ca. 500.000 DM erreichte. Bereits am 21.1.1982 startete ein Lebensmitteltransport der gewerkschaftseigenen Lebensmittelkette coop, der logistisch vom Katholischen Deutschen Caritas-Verband betreut wurde. Am 27.1.1982 überwies der Verein dem Deutschen Roten Kreuz (DRK) 125.000 DM. Die Mülheimer Solidaritätsaktion wurde einbezogen, 2000 Pakete für in Polen Inhaftierte auf den Weg gebracht. An Amnesty International gingen 50.000 DM zur Betreuung von Inhaftierten. Die Spendenmittel des DGB wurden später dem DRK zur Verteilung in Polen übertragen, weil die polnischen Behörden direkte Lieferungen des DGB nicht mehr gestatteten.⁵ Der Verein bestand bis zum 3.2.1992.⁶ In der Zeit seines Bestehens brachte er 3.443.563 DM an Spenden und anderen Mitteln auf; davon 2.256.870 DM in den Jahren 1982 und 1983.⁷

⁵ *Bégin*, S. 299.

⁶ Amtsblatt für den Regierungsbezirk Düsseldorf vom 28.1.1993, Nr. 4, S. 89.

⁷ AdsD, DGB-Archiv, Abteilung Vorsitzender, 5/DGA 1002642.

In seiner politischen Haltung zu den Ereignissen in Polen verfolgte der DGB freilich eine Art Doppelstrategie. Einerseits hielt er seine Kontakte zu den bestehenden Staatsgewerkschaften aufrecht, andererseits unterstützte er massiv die *Solidarność* und setzte sich in allen Verlautbarungen für ihre Wiedermehrung und für die Aufhebung des Kriegsrechts ein. Vorbehalte gegenüber der *Solidarność*-Bewegung gab es insbesondere bei der IG Druck und Papier.⁸ Dagegen war in der westdeutschen Gesellschaft eine weit verbreitete Sympathie für *Solidarność* festzustellen. Die zivilgesellschaftlichen Sympathisanten waren der politischen Führungsschicht an Aktivität und Entschiedenheit weit voraus.

Da direkte Kontakte zwischen Vertretern der polnischen *Solidarność*-Bewegung und zahlreichen deutschen Privatpersonen für eine empirische Untersuchung schwer zu rekonstruieren sind, bietet es sich an, den Begriff *Solidarność* im gestellten Thema nicht auf die Bezeichnung einer politischen Organisation zu beschränken. Er sollte eher als Sammelbezeichnung für oppositionelle Gewerkschaftsbewegungen der 1980er- und eines Teils der 1990er-Jahre verstanden werden. Dafür spricht auch, dass *Solidarność* seinerzeit selbst über zehn Millionen Mitglieder angab, demnach eher eine Volksbewegung der Oppositionellen denn eine festgefügte Gewerkschaftsorganisation war.

Das Material über die neue Polenbegeisterung am Ende des 20. Jahrhunderts in Deutschland ist weit verstreut, nicht systematisch geordnet und liegt zu großen Teilen auch nur in Erinnerungen von Privatpersonen vor. Hier besteht ein echtes Forschungsdefizit. Wenn die zeitgeschichtliche und sozialwissenschaftliche Forschung sich künftig dieses Komplexes annehmen sollte, wäre

⁸ Bégin, S. 298; Vgl. auch *Burkhard Olschowsky*, Einvernehmen und Konflikt. Das Verhältnis zwischen der DDR und der Volksrepublik Polen 1980–1989, Berlin 2002.

auch eine Analyse der dem Thema innewohnenden psychosozialen Dimension, in Deutschland wie in Polen, erforderlich.

Im Folgenden soll in exemplarischer Weise von einigen der in Westdeutschland weit verbreiteten zivilgesellschaftlichen Hilfsaktionen berichtet werden, um ein Augenmerk auf das Ausmaß der spontanen, von Privatleuten organisierten Unterstützung zu lenken.

Als Beispiel dafür werde ich im folgenden Abschnitt II auf die Hilfe durch die Paketaktionen westdeutscher Bürger eingehen (1.), die Aktionen Deutsch-Polnischer Gesellschaften, insbesondere der DPG Hannover (2.), die Kontakte der Stadt Bremen zu *Solidarność*-Vertretern der Partnerstadt Danzig (3.) und Kontakte von westdeutscher Seite zu polnischen Oppositionellen (4.) beschreiben.

II. Zivilgesellschaftliche Hilfe für Polen während der *Solidarność*-Epoche

1. Hilfe westdeutscher Bürger: Die Paketaktionen

In den gängigen Fundstellen des Internets sind unter dem Suchwort „Polenhilfe“ oder „Paketversand nach Polen“, mitunter auch „*Solidarność* und Paketaktion“ zahlreiche Hinweise über damals stattgefundene, teilweise noch fortbestehende humanitäre Aktionen zu Gunsten der polnischen Bevölkerung zu finden. Nach den Streikwellen und der nachfolgenden Zulassung der unabhängigen Gewerkschaft *Solidarność* im Sommer 1980 wurde Polen von einer gravierenden Wirtschaftskrise, die sich immer mehr zu einer Versorgungskrise ausweitete, erfasst. Infolge dessen ordnete die polnische Regierung eine Lebensmittelrationierung an.

Nach entsprechenden Berichten der Medien über die Versorgungskrise und die instabile politische Situation in Polen, dem „nervösen Patt zwischen Regierung und Opposition“ (Adam

Krzemiński⁹), kam es überall in Deutschland, besonders ab Mitte 1981, zu spontanen Aktionen für Lebensmittel- und Kleiderspenden. Deren Transport wurde von Privatpersonen zum großen Teil selbst organisiert. Mitunter taten sich auch kommerzielle Sammelstellen auf, die gegen ein nicht zu hohes Entgelt Pakete an verschiedene Zielorte nach Polen beförderten. Den größten Anteil der Paketsendungen wickelte aber die Deutsche Bundespost ab.¹⁰

Bereits am 7.4.1981 ließ die Oberpostdirektion (OPD) Hannover/Braunschweig in einer Pressemitteilung verlauten, dass Pakete, die Lebensmittel nach Polen enthielten, deutlich mit dem Vermerk „Lebensmittel“ zu kennzeichnen seien.¹¹ „Nach Mitteilung der polnischen Postverwaltung“, heißt es in der Pressemitteilung, „beschleunigt dieser Vermerk die Zollabfertigung und die Zustellung in Polen.“ Im *Umschlagblatt*, den Hausmitteilungen (Nr. 4 vom September 1981) für die Angehörigen des Postamts Hannover 2, das bis 1991 als „Auswechslungspostamt“ für sämtliche Pakete zuständig war, die aus der Bundesrepublik nach Polen und in den gesamten Osten versandt wurden, wurde vermerkt: „Seit Oktober 1980 schwillt der Paketstrom nach Polen mehr und mehr an.“¹²

Die Auslandsstelle musste schon ab Anfang August 1981 65 Kräfte in zwei Schichten auch an Sonnabenden einsetzen, um den anschwellenden Zustrom von Paketen zu bewältigen.¹³ Dazu kam es im Abfertigungsprozess zu einigen betriebsinternen Rationalisierungen (Einsatz von Computern, vereinfachtes Verfahren bei

⁹ Publizist und Redakteur der Zeitschrift *Polityka*; 1986 Gastredakteur der Wochenzeitung *Die Zeit*, Vorsitzender der Polnisch-Deutschen Gesellschaft in Warschau.

¹⁰ Dem ehemaligen Leiter des Postmuseums in Hannover, Herrn Heinrich Munk, Stadthagen, danke ich für wertvolle Hinweise und Materialien.

¹¹ Materialsammlung Heinrich Munk.

¹² Umschlagblatt, Hausmitteilungen für die Angehörigen des Postamts Hannover 2, Nr. 4, September 1981, S. 3.

¹³ Ebd.

Paketkarten usw.). Nach einem Bericht der *Hannoverschen Allgemeinen Zeitung* vom 24.11.1981 verließen täglich 12 bis 13 Eisenbahnwaggons mit durchschnittlich je 1.500 Paketen die beiden Gleise nach Warschau und Kattowitz. Weiter wird ausgeführt:

„Im Oktober rollten 171 Paketwagen in Richtung Polen, bis zum vergangenen Sonnabend [21.11.1981] waren es schon wieder 173. Seit Jahresanfang wurden in 798 Eisenbahnwagen 1,65 Millionen Pakete auf die Reise geschickt. Die Laufzeit zum Bestimmungsort dauerte fünf bis sechs Tage.“¹⁴

In einer Pressemitteilung der Deutschen Bundespost vom 22.12.1981 wird von einem „anhaltend starken Paketverkehr nach Polen“ nach Ausrufung des Kriegsrechts am 13.12.1981 gesprochen.

„Trotz der Ereignisse in der Volksrepublik Polen hat sich die Einlieferung von Paketen nach Polen“, so heißt es, „auch in der dritten Dezemberwoche (14. bis 20.12.1981) auf einem hohen Stand gehalten. 41.400 Pakete sind in dieser Woche gegenüber 21.820 Paketen in der Vergleichswoche des Vorjahrs (Steigerung von 90%) bearbeitet worden.“¹⁵

Die Pakete wurden in Güterwagen der Bundesbahn den Bearbeitungsstellen in Warschau und Kattowitz zugeleitet. Behinderungen beim Transit durch die DDR und bei der Grenzabfertigung sind dem hannoverschen Auswechslungspostamt nicht bekannt geworden.

Bis zum 20.12.1981 wurden vom zentralen hannoverschen Auswechslungspostamt 1.966.000 Pakete nach Polen abgefertigt. Im Vergleichszeitraum des Vorjahres betrug die Sendungsmenge

¹⁴ Hannoversche Allgemeine Zeitung (HAZ), 24.11.1981.

¹⁵ Materialsammlung Heinrich Munk.

903.000 Pakete, eine Steigerung um mithin 117%. Die Zwei-Millionen-Grenze wurde bereits nach den Weihnachtsfeiertagen am 28.12.1981 überschritten.¹⁶

Am 5.2.1982 besuchten der Chef des internationalen Postdienstes und der Chef des internationalen Postpaketdienstes der polnischen Postverwaltung das Postamt 2 in Hannover und besprachen mit Vertretern des Bundespostministeriums, der Oberpostdirektion und der Amtsleitung des Postamts 2 das Verfahren für eine rationellere Abwicklung des Postpaketversands von Hannover zu den polnischen Bestimmungspostämtern und besichtigten die Grenzausgangsstelle.

Am 8.2.1982 trat die vom Bundestag beschlossene befristete Gebührenbefreiung für Postpakete nach Polen in Kraft. Bundespostminister Kurt Gscheidle teilte auf einer Pressekonferenz im Postamt Hannover 2 am 16.2.1982 die Entwicklung der Paketzahlen während der ersten Woche nach der Gebührenbefreiung mit. Gleichzeitig gab er eine Liste von Empfangsstellen in Polen bekannt, an die ab 1.3.1982 Pakete geschickt werden könnten.¹⁷ Dies trug sicherlich zur Beruhigung von Spendern bei, die wegen der damals kursierenden Berichte und Gerüchte befürchteten, dass ihre Spenden in „unwürdige“ Hände (Sicherheitsdienst, Militär, Polizei und sonstige Nomenklatura) gelangen könnten.

Zu den jetzt angegebenen Empfängern zählte das Polnische Rote Kreuz, das Polnische Komitee für Soziale Hilfe in Warschau, Danzig, Posen und Kattowitz, die Gesellschaft der Freunde des Kindes in Warschau, Krakau, Allenstein, Breslau, Lublin und Pila, der Caritas-Verband der Katholiken Polens in Warschau, Kattowitz, Posen, Slupsk (Stolp), das karitative Komitee des Polnischen Episkopats in Kattowitz, Warschau, Posen, Breslau und Krakau und der Polnische Ökumenische Rat in Warschau. In langen Ver-

¹⁶ Pressemitteilung Oberpostdirektion Hannover-Braunschweig am 22.12.1981.

¹⁷ Pressemitteilung Oberpostdirektion Hannover-Braunschweig am 16.3.1982.

handlungen hatte der Parlamentarische Staatssekretär im Bundespostministerium Helmuth Becker mit der polnischen Botschaft und der polnischen Postverwaltung erreicht, dass die polnische Post auf die ihr zustehenden Gebührenanteile (immerhin 46%; DDR: 11% der üblichen Versandgebühren) verzichtete, sofern die Sendungen an eine der vermerkten Stellen adressiert wären.¹⁸

Die Gebührenbefreiung bewirkte ein erneutes Ansteigen der Anzahl eingelieferter Pakete. Im Postamt Hannover 2 stieg der Durchschnitt der täglich bearbeiteten und weitergeleiteten Pakete von 10.000 im Januar 1982 auf 35.000 im Februar und März.¹⁹ In Folge dieser Steigerung kam es zu umfangreichen organisatorischen und logistischen Erneuerungen. Dazu zählten größere Renovierungen und Erweiterungen: Umbau der Abfertigungshalle am Pferdeturm einschließlich der Gleisanlagen, Neubau einer Kantine, Bereitstellung neuen Personals von insgesamt 340 Kräften, davon 100 Neueinstellungen und 200 Zugeordnete von anderen Ämtern. Von 90 Kräften am 2.2.1982 war die Belegschaft am 15.2.1982 auf 423 angewachsen. Ein entsprechender Organisationsplan musste förmlich „aus dem Nichts“ geschaffen werden. Die Amtsleitung verkündete in ihren Hausmitteilungen für den Monat März 1982:

„Im Februar 1982 hatten wir im Vergleich zum Vorjahr im Paketabgang nach Polen eine Verkehrssteigerung von 625%. Alle, die hier mitgearbeitet haben, ob als Stammkräfte, ob zugeordnet von benachbarten Postämtern oder auch eingestellt, haben hervorragende Arbeit geleistet [...].“²⁰

Die erste Gebührenbefreiung für Pakete nach Polen dauerte vom 8.2. bis zum 30.6.1982. Der Deutschen Bundespost entstand ein

¹⁸ Ebd.

¹⁹ Das Umschlagblatt. Hausmitteilungen für die Angehörigen des Postamts Hannover 2, Nr. 6, März 1982, S. 5.

²⁰ Ebd.

Gebührenausschlag von mehr als 77 Millionen DM. Dieser Betrag wurde der Post vom Auswärtigen Amt aus Steuergeldern erstattet. Insgesamt wurden 4.351.211 gebührenbefreite Pakete nach Polen befördert.²¹

Am 30.6.1982 wurden an den Postämtern noch 288 Pakete, am 1.7.1982, dem ersten Tag der wieder aufgenommenen Gebührenpflicht, nur noch ein Paket eingeliefert. Der CDU-Fraktionsvorsitzende im Niedersächsischen Landtag, Dr. Werner Remmers, der auch Mitglied der Deutsch-Polnischen Gesellschaft war, wandte sich in einem Appell an die Bevölkerung, in ihrer Hilfe auch nach dem Wegfall der Gebührenbefreiung nicht nachzulassen. Besonders sozial Schwache in Polen könnten von einer Hungersnot getroffen werden. Remmers forderte die Bundespost auf, die deutschen Spender wieder von den Portokosten zu entlasten.

Im diesbezüglichen Bericht vom 7.7.1982 bezieht sich die Hanoversche Allgemeine Zeitung auf eine Pressekonferenz des Amtsvorstehers des Postamts Hannover 2, Dr. Lapp²² Danach betrug das durchschnittliche Gewicht eines Paketes 15 Kilogramm, das die Bundesregierung mit rund 20 DM Portokosten bezuschusst hatte. Dagegen kostete den Bürger ab 1.7.1982 ein 15-Kilo-Paket ca. 30 DM an Porto. Das Umschlagspostamt in Hannover hatte in den ersten drei Wochen im Juli 1982 in Sonderschichten zwar noch 300.000 Pakete als „Rückstand“ der vorangegangenen Monate – es handelte sich größtenteils um Pakete in schlechtem Zustand, die neu verpackt werden mussten – zu bearbeiten, insgesamt ging die Zahl der eingelieferten Sendungen ab Anfang Juli, auch durch die Sommerferien bedingt, auf 4.000 bis 5.000 Stück pro Tag zurück. Im Ganzen sollen nach einem Bericht der HAZ vom 5.11.1982 im Juli 1982 60.000, im August 86.000, im September 106.000 und

²¹ Das Umschlagblatt. Hausmitteilungen für die Angehörigen des Postamts Hannover 2, Nr. 8, September 1982.

²² HAZ, 7.7.1982.

im Oktober noch 110.000 Pakete von den Bundesbürgern nach Polen geschickt worden sein.²³

Ab 1.11.1982 hatte die neue Bundesregierung aus CDU und FDP eine Wiederaufnahme der gebührenfreien Versendung nach Polen initiiert. Bundespostminister Christian Schwarz-Schilling (CDU) teilte auf seiner Pressekonferenz in Hannover am 4.11.1982 mit, dass seit der neuen Gebührenbefreiung bereits über 100.000 Geschenkpakete verschickt worden seien.²⁴ Wegen des erwarteten Bedarfs wurden die Sendungen aus dem süddeutschen Raum diesmal über Würzburg geleitet. In beiden Postämtern sollten 320 zusätzliche Kräfte, davon 150 Neueinstellungen, zur Bewältigung eines reibungslosen Abtransports sorgen. Im Postamt Hannover 2 sollen schon am ersten Tag der zweiten gebührenbefreiten Paketaktion 20.795 Pakete bearbeitet worden sein.²⁵ Schwarz-Schilling appellierte in seiner Pressekonferenz, dass die DDR und Polen künftig einen Beitrag durch Verzicht auf Gebührenanteile für den Transit beitragen sollten.

In der HAZ vom 5.11.1982 heißt es:

„Er habe zwar Verständnis, dass Polen in Anbetracht der Wirtschaftsmisere ‚devisenmäßig alles ausschöpfen wolle‘, aber so könne man die Zukunft nicht kalkulieren.“²⁶

Im Gegensatz zu der Aktion des Frühjahres 1982 wurden zu den bisherigen Zielpostämtern Warschau und Kattowitz zusätzlich die in Gdingen und Posen angelaufen. In allen paketgebührenfreien Monaten (Februar bis Juni und November/Dezember 1982) wurden aus der Bundesrepublik Deutschland mehr als 8,6 Millionen Pakete (davon 7,7 Millionen über das Postamt Hannover 2;

²³ HAZ, 5.11.1982.

²⁴ Ebd.

²⁵ Ebd.

²⁶ HAZ, 5.11.1982.

950.000 über das Postamt Würzburg im November/Dezember 1982) nach Polen verfrachtet.²⁷ In der HAZ vom 2.3.1983 werden die Kosten der gebührenbefreiten Paketaktion für Polen folgendermaßen zusammengefasst:

„Den Gebührenanteil von 174,8 Millionen Mark für portofreie Polen-Pakete hat das Auswärtige Amt aus dem Haushalt ‚Humanitäre Hilfe‘ erstattet. Die polnische Postverwaltung erhielt davon 76,5 Millionen Mark, die Postverwaltung der DDR für den Transit 20 Millionen Mark und die Bundespost 77,6 Millionen Mark.“²⁸

Setzt man den in einer Pressekonferenz der Oberpostdirektion Hannover/Braunschweig vom 2.3.1982 „nach Erfahrungswerten“ geschätzten Inhalt eines Pakets nicht mit 60 DM²⁹, sondern nur mit 50 DM an, entsteht ein Wert von 430 Millionen DM zivilgesellschaftlicher Hilfe, die sich nur auf diese Aktion beziehen. Zusätzlich entrichtete der Fiskus den Ersatz der Gebühren in Höhe von rund 175 Millionen DM.

War nach diesen Aktionen zwar auch mit dem Abebben der Hilfe zu rechnen, so riss diese trotz des wieder zu entrichtenden Paketportos nicht ab. Am 15.12.1983 meldete die HAZ, dass 1983 beim Postamt Hannover 2 bereits über zwei Millionen Geschenksendungen eingegangen seien und dass der 1981 erreichte Rekord bis zum Jahresende 1983 noch übertroffen werde.³⁰ Für die Monate Januar bis August 1984 wurden immerhin noch 731.940 Pakete für Polen gezählt.³¹ Am 30.10.1984 teilte der Leiter des Postamts Hannover 2, Dr. Lapp, mit, dass sich erst jetzt die Lage

²⁷ HAZ, 2.3.1983.

²⁸ Ebd.

²⁹ HAZ, 3.3.1982.

³⁰ HAZ, 15.12.1983.

³¹ HAZ, 7.9.1984.

„wieder normalisiert“ habe.³² Insgesamt wurden 1984 noch 1.418.947 Pakete (ca. 31% Abnahme gegenüber dem Vorjahr) verzeichnet.³³ Eine Addition aller bekannten Zahlen, gebührenpflichtige und gebührenbefreite Pakete, in den Jahren 1981 bis 1984 führt zu der Summe von rund 14,4 Millionen Sendungen.

Aufgrund der Gebührenbefreiung für Pakete nach Polen und weiterer Zahlen der deutschen Bundespost sind wir daher in der Lage, einigermaßen konkrete Schätzungen über den materiellen Umfang des Spendenaufkommens der Bevölkerung Westdeutschlands für die polnische Bevölkerung während der Epoche der *Solidarność* anzustellen. Ungleich schwerer wird es, die unzähligen Hilfsaktionen, geschweige denn ihren materiellen Wert, zu beziffern³⁴; *Der Spiegel* (23/1982) sprach der Polenhilfe den Charakter einer Volksbewegung zu. Eine übergreifende Untersuchung dieser humanitären Unternehmungen liegt bisher nicht vor und kann hier aufgrund der Fülle des Materials im gegebenen Rahmen nicht geleistet werden. Im Anhang findet sich daher eine exemplarische Auflistung der Schlagzeilen der HAZ vom 21.5.1981 bis zum 22.11.1982, welche die Hilfsaktionen im Bereich Hannover und Umgebung dokumentiert. Es ist davon auszugehen, dass diese sich nur auf eine Region beziehenden Schlagzeilen mit ähnlichem Inhalt in vielen bundesrepublikanischen Zeitungen zu lesen waren.

³² HAZ, 31.10.1984.

³³ HAZ, 3.1.1985.

³⁴ Ein dokumentiertes Beispiel ist der 1981 entstandene Austausch zwischen Katholiken in Breslau und Dortmund; jahrelang wurde hier nicht nur materielle Hilfe geleistet, sondern auch der Versuch unternommen, langfristige Kontakte und Freundschaften aufzubauen, um die Verständigung zwischen Polen und Deutschen zu fördern; dargelegt bei *Andreas Bornholdt*, *Solidarität von Gemeinde zu Gemeinde und Schule zu Schule. Breslau-Dortmund 1981–1989. Ein Beitrag zur Völkerverständigung und Versöhnung zwischen Deutschen und Polen, Dortmund 1990.*

2. Aktionen der Deutsch-Polnischen Gesellschaft Hannover e.V.

Von den zivilgesellschaftlichen Organisationen, die sich insbesondere der deutsch-polnischen Beziehungen angenommen hatten, meldeten die damals schon bestehenden Deutsch-Polnischen Gesellschaften in Berlin, Bremen, Göttingen, Hamburg, Hannover, Kiel, München, Oldenburg und Wolfsburg umfangreiche humanitäre Aktionen. In anderen Städten wurden erst später von Personen, die vorher aktiv in der Polenhilfe engagiert waren, weitere Gesellschaften gegründet. Ein interessanter Bericht liegt der Deutsch-Polnischen Gesellschaft Bundesverband e.V. (Dachverband von 50 regionalen und lokalen Gesellschaften) von der örtlichen Gesellschaft in Gundelfingen vor: Prof. Werner Rinsky und andere Personen unternahmen umfangreiche Transportsendungen mit Lebensmitteln, Kleidern und Medikamenten nach Katowice-Zalece. Dabei entstanden auch Kontakte zu führenden Persönlichkeiten der *Solidarność* wie Lech Wałęsa, Henryk Jankowski, Stanisław Stomma, Tadeusz Mazowiecki und Janusz Reiter.³⁵

Die meisten lokalen Deutsch-Polnischen Gesellschaften in der Bundesrepublik hatten vor ihrem Zusammenschluss zur Deutsch-Polnischen Gesellschaft Bundesverband e.V. nur lockere Kommunikations- und Arbeitskontakte. Daneben bestand die Deutsch-Polnische Gesellschaft der Bundesrepublik e.V.; der Großteil der regionalen Akteure verweigerte dieser aber die Zusammenarbeit, weil sie deren Führungsanspruch und engere Anlehnung an das kommunistische Regime in Polen nicht akzeptierten.³⁶ Die Mit-

³⁵ Vgl. *Albrecht Riechers/Christian Schröter/Basil Kerski*: Dialog der Bürger. Die gesellschaftliche Ebene der deutsch-polnischen Beziehungen, Osnabrück 2005, S. 269 ff.

³⁶ Vgl. *Roland Reche/Albrecht Riechers/Christian Schröter*, Von der Arbeitsgemeinschaft Deutsch-Polnischer Gesellschaften in Norddeutschland zur Deutsch-Polnischen Gesellschaft Bundesverband, in: *Riechers/Schröter/Kerski*, S.159–169.

gliederzahl dieser Gesellschaft, die ihrem Namen nach einen bundesweiten Vertretungsanspruch vorgab, war im Verhältnis zur Summe der in den lokalen Gesellschaften Engagierten auffällig gering: Sie wies zeitweilig weniger Mitglieder als die lokale Gesellschaft in Hannover auf. In einem „Positionspapier“ des Vorstandes der DPG der Bundesrepublik e.V. vom 29.10.1983 wurde die Polenhilfe skeptisch, wenn nicht gar ablehnend, beurteilt:

„Was an wirtschaftlicher ‚Hilfe‘ für Polen offeriert und realisiert worden ist und wird, kann weitgehend nicht von der Gesellschaft unterstützt werden. Fraglos kann die individuelle und auch gemeinschaftliche organisierte private Form von Geschenkendungen Engpässe in der Versorgung lindern. Sie darf kein Ersatz für die Entfaltung gleichberechtigter wirtschaftlicher Beziehungen in Erfüllung des ‚Warschauer Vertrags‘ sein. Die Schaffung von Abhängigkeitsverhältnissen durch Schenkungen und Stiftungen ist entwürdigend (für beide Seiten) und trägt die Züge einer verfeinerten ‚Ostkolonisation‘ [...].“³⁷

Viele der lokalen und regionalen Deutsch-Polnischen Gesellschaften waren Gründungen der ersten Hälfte der 1970er-Jahre und bezogen ihre Hoffnung auf Annäherung der beiden Staaten und ihre Motivation zur Zusammenarbeit auf diesem Weg, u.a. initiiert durch den Kniefall Willy Brandts vor dem Ehrenmal des Warschauer Ghettos 1970. Jede Gesellschaft hat auf ihre Weise versucht, Kontakte in Polen aufzunehmen. Als Partner fanden sich Hochschulen, offizielle Verbände, Sportvereinigungen, Kommunen usw.

³⁷ Positionspapier des Vorstandes der DPG der Bundesrepublik vom 29.10.1983, in: Sammlung der DPG Hannover e.V.

Die Deutsch-Polnische Gesellschaft Hannover wurde erst am 28.4.1979 gegründet, als die niedersächsische Landeshauptstadt im Begriff war, Partnerschaftskontakte zur polnischen Messestadt Posen aufzubauen. Hannover und Göttingen (Partnerstadt Thorn) gehörten nach der Hansestadt Bremen, die bereits 1976 einen Partnerschaftsvertrag mit der Stadt Danzig geschlossen hatte, zu den ersten deutschen Städten in der Bundesrepublik mit offiziellen, von der polnischen Regierung genehmigten deutsch-polnischen Städtepartnerschaften.

Die Satzungszwecke der Deutsch-Polnischen Gesellschaft Hannover waren: Erstens einen Beitrag zur Versöhnung und Verständigung mit dem polnischen Volk zu leisten und damit auch einen Beitrag zur Festigung des Friedens in der Welt, und zweitens die im gleichen Jahr gegründete Städtepartnerschaft mit Posen und Hannover zu begleiten und zu unterstützen.

Es mag dem Umstand zu verdanken sein, dass die Deutsch-Polnische Gesellschaft in Hannover unter den Gesellschaften ein Newcomer war und somit in ihren Anfangsaktivitäten und in ihrer Orientierung fast naiv, aber dennoch oder gerade deshalb auch effektiv vorgehen konnte. So wurden Kontakte gesucht und ausgebaut, ohne dabei Rücksicht auf länger bestehende Bindungen zu etablierten polnischen Organisationen nehmen zu müssen. Regionale Schwerpunkte lagen in Posen, Allenstein und Warschau. Der wesentliche Impuls zu der Verbindung mit Posen wurde nicht auf dem Hintergrund der Städtepartnerschaft vermittelt, sondern ergab sich im November 1979 durch eine Begegnung des Vorsitzenden der DPG mit dem polnischen Germanisten Prof. Dr. Hubert Orłowski von der Adam-Mickiewicz-Universität (Posen) in der Evangelischen Akademie Loccum. Orłowski war nicht nur sofort bereit, in Hannover einen Vortrag zu halten, sondern eröffnete der hannoverschen Gesellschaft umgehend Kontakte zum Germanistischen Institut und zur Universität in Posen.

Bereits im Frühjahr 1981 wandten sich immer häufiger Mitglieder und Bürger der Stadt Hannover an die Deutsch-Polnische Gesellschaft mit der Frage, ob man nicht eine Hilfsaktion angesichts der sich verschlechternden Versorgungssituation in Polen starten solle. Über seine diesbezüglichen Erörterungen teilte der Vorstand am 22.4.1981 mit:

„Wir waren uns über eines einig, nämlich nur dann helfen zu können, wenn auch jemand da wäre, der unsere Hilfe angenommen hätte. Für taktlos gegenüber unseren polnischen Freunden und für schlecht hätten wir es angesehen, in die Öffentlichkeit zu gehen, bevor diese Fragen nicht geklärt worden wären.“³⁸

In Gesprächen zwischen polnischen Partnern und der Stadt Hannover wurde die Bereitschaft der DPG zur Hilfe mitgeteilt. Am 16.4.1981 erfolgte aus Posen die höfliche Ablehnung per Telex mit dem Hinweis, „[...] daß die Hilfe, welche wir von vielen Ländern und Regierungen angeboten bekommen haben, für unser Volk ausreichend ist“.³⁹ Möglicherweise hat zu dieser Absage eine Indiskretion des Vorhabens in der Presse beigetragen.

Hubert Orłowski, der sich Ende Mai/Anfang Juni 1981 in Hannover aufhielt, wurde über diesen Vorgang in Kenntnis gesetzt. Nach seiner Rückkehr nach Posen unterrichtete er die *Solidarność*-Gruppe der Adam-Mickiewicz-Universität, die im Folgenden ein Hilfsgesuch an die DPG in Hannover richtete, welches am 24.6.1981 einging. Am selben Tage verfasste der Vorstand einen Rundbrief an die Mitglieder mit der Bitte, die Hilfsaktion finanziell zu unterstützen und sich bei Verwandten,

³⁸ Mitgliederrundbrief der Deutsch-Polnischen Gesellschaft Hannover vom 22.4.1981.

³⁹ Ebd.

Freunden, Kollegen, als Lehrer in Schulen usw. für das Anliegen einzusetzen. Es wurde angesichts der Urlaubszeit um unverzügliches Agieren gebeten und schließlich darum, Erich Kästners Aphorismus – „Es gibt nichts Gutes, außer man tut es“ – zu beherzigen.

Als der Vorsitzende Anfang Juli zu Besuch in Posen war, kam es dank Orłowskis Vermittlung zu einem längeren Gespräch mit Vertretern der *Solidarność*-Gruppe an der Adam-Mickiewicz-Universität. Neben intensivem Gedankenaustausch über die emanzipatorische Bewegung, deren Hoffnungen auf Demokratisierung und Modernisierung des öffentlichen Lebens sowie über die geopolitisch bedingten Gefahren für Polen wurde auch über die Versorgungslage gesprochen. Die *Solidarność*-Vertreter, insbesondere die Leiterin der Gruppe, die Dozentin für Pflanzenphysiologie, Dr. Aleksandra Hoffmannowa, widersprachen lebhaft der Darstellung des ablehnenden Telex vom 16.4.1981 und baten um Fortsetzung der Hilfe, insbesondere für die medikamentöse Versorgung der Kinderkrankenhäuser und Kinderheime in Posen. Nach diesem Gespräch ging am 15.7.1981 ein Brief an die DPG Hannover, in dem neben den spezifischen Wünschen eine akribische Beschreibung der Verantwortlichkeiten seitens der *Solidarność*-Gruppe und der empfangenden Stationen enthalten war. Um Missbrauch vorzubeugen, wurden vier Vertreter benannt, die ausschließlich im Namen der *Solidarność*-Gruppe für Anfragen oder Bestellungen zuständig waren.

Zur Überraschung des Vorstandes waren bereits zehn Tage nach dem Aufruf vom 24.6.1981 fast 18.000 DM Spenden auf dem Vereinskonto eingegangen, die sich bis Mitte August auf 26.000 DM erhöhten.⁴⁰ Am 19.8.1981 fuhren der Vorsitzende und sein Stellvertreter mit einem Kleinbus, den ein Busunternehmer kostenlos zur Verfügung gestellt hatte, nach Posen und überga-

⁴⁰ Vgl. Mitgliederrundbrief der DPG Hannover vom 17.8.1981.

ben dort Medikamente, Kinderkleidung, Süßigkeiten und Spielzeug. Vor Ort wurde wieder über politische Themen und vor allem über weitere Hilfsmöglichkeiten gesprochen. Für den Herbst wurde ein politischer Diskussionsabend für Teilnehmer einer Studienfahrt der DPG nach Polen verabredet.

Nach dieser ersten erfolgreichen Sammelaktion erhielt die DPG von Dr. Maciej Henneberg vom Vorstand der NSZZ Solidarność aus Posen folgenden Brief zur Veröffentlichung:

„Allen, die für uns oder vielmehr für unsere Kinder gespendet haben, möchten wir unseren herzlichsten Dank aussprechen. Wichtig dabei ist nicht nur die Höhe der Spende, die wir zu schätzen wissen. Auch das Bewußtsein der großen Hilfsbereitschaft, des guten Willens von Seiten aller Spender ist für uns gerade ein ernstes und freudiges Erlebnis. Allen sei nochmals herzlichst gedankt.“⁴¹

Im Vorstand der DPG Hannover gab es eine lebhafte Diskussion, ob wegen der Hilfsaktion Publizität angestrebt werden solle. Einige Mitglieder vertraten den Standpunkt, wegen der Würde und möglichen Beschämung der Polen keine Öffentlichkeit zu suchen. Die Mehrheit hielt diese Argumente für nicht stichhaltig. Die Versorgungskrise, die Streiks und politischen Unruhen stünden ohnehin auf der Agenda der Medien und die Not sei nicht fiktiv, sondern real. Außerdem handele es sich nicht um eine Beschämung des polnischen Volkes, vielmehr mache das Versagen des politischen Systems solidarische Hilfe notwendig. Im Übrigen konnte auf einen Brief von Aleksandra Hoffmannowa vom 27.8.1981 verwiesen werden, die die Skrupel des hannoverschen

⁴¹ DPG: Hilfsaktionen der Deutsch-Polnischen Gesellschaft Hannover e.V. in den Jahren 1981–1999. Auszüge aus den Akten der Deutsch-Polnischen Gesellschaft Hannover e.V., Hannover 2005, S. 85.

Vorstandes kannte. Sie teilte mit, dass die Hilfsaktionen aus Hannover seitens der Universitäts-*Solidarność* in Posen publiziert würden. Außerdem sei den Medikamenten ein kleiner Zettel beigefügt, der die Herkunft der Spenden offen lege.



Die vereinsinterne wie die öffentliche Publizität, zu der sich der DPG-Vorstand entschloss, zeigte nicht nur eine Zunahme der Spendenfreudigkeit der hannoverschen Öffentlichkeit, sondern auch das Fachinteresse von Ärzten und Apothekern. So kündigte ein hannoverscher Lions-Club eine spontane Spende an und beauftragte zudem ein Mitglied (Apotheker), der DPG fachkundig und kaufmännisch zur Seite zu stehen. Das Aushandeln höchster Rabatte beim Erwerb der Medikamente war dem Apotheker vom Vorstand des Lions-Clubs zur selbstverständlichen Auflage gemacht worden. Darüber hinaus schaltete sich der Chefarzt der zentralen Röntgenabteilung eines großen hannoverschen Krankenhauses, selbst Mitglied der DPG, mit Rat und Tat in die Hilfsaktion ein. Auf diese Weise war in Hannover gewährleistet, dass die spontane laienhafte Sammelaktion professionelle Seriosität annahm.

Wie unerlässlich diese fachliche Unterstützung war, erwies sich bald in der unerwarteten Expansion von benötigter Hilfe in Polen und anwachsender Hilfsbereitschaft in Deutschland. Während der Studienfahrt der DPG nach Posen und Nordpolen in den Herbstferien 1981 gaben die *Solidarność*-Vertreter der Posener Universität den Hinweis, dass die beim letzten Transport mitgeführten Medikamenten-Muster nach der Roten Liste des Apotheker-Verbandes einen Gegenwert von 10.000 DM hatten. Aufgrund dieser Mitteilung ergriff ein Mitglied die Initiative und wandte sich im Namen und Auftrag des Vorstandes an alle in Hannover niedergelassenen Ärzte und Apotheker mit der Bitte, ihre nicht benötigten Medikamentenmuster für die Hilfsaktion zur Verfügung zu stellen. Das Echo war groß. Mit einem Lieferwagen wurden in mehreren Fahrten ca. 1,6 Tonnen Medikamente aus den Arzneischränken von Ärzten und Apothekern abgeholt. Der Initiator der Aktion, Studienrat eines hannoverschen Gymnasiums, deponierte das Sammelergebnis in seiner Schule, wo ein großer Klassenraum zu Verfügung stand. Wegen der Vorschriften des polnischen Zolls mussten die Arzneimittel alphabetisch sortiert und verpackt werden. Für diese mühselige Arbeit opferten ca. zwei Dutzend Schülerinnen und Schüler sowie eine Kollegin zwei Wochen lang ihre nachmittägliche Freizeit. Am Ende wurden mehr als 100 blaue Plastiksäcke mit Medikamenten verschiedener Werte gezählt, angefangen von einfachen preiswerten Vitaminen und Schmerzmitteln bis hin zu kostspieligen Antibiotika und Psychopharmaka. Einige Schüler ermittelten für einen „durchschnittlichen“ mit Medikamenten gefüllten Sack einen Schätzwert zwischen 6.000 und 7.000 DM. Der errechnete Gesamtwert der Ladung betrug demnach ca. 500.000 DM.

Die Medikamente füllten die Ladefläche eines Lastwagens: Der Anhänger war beladen mit Kleidung und Lebensmittelpaketen, gespendet von hannoverschen Schulen und Bürgern. Beabsichtigt war, diesen Transport mit dem Arbeiter-Samariter

Bund (ASB) noch vor Weihnachten auf den Weg zu den Posener *Solidarność*-Partnern zu bringen.

Am 12.12.1981 verabschiedeten Mitglieder der DPG Hubert Orłowski, der am selben Tag erneut einen Vortrag in Hannover gehalten hatte, zur Heimreise nach Posen. Ihm wurden Informationen über den Stand der Spenden (im Dezember 1981 waren bereits ca. 43.000 DM eingegangen) und über die weitere Organisation sowie gezielte Fragen nach den am dringendsten benötigten Medikamenten und Hilfsmitteln mit auf den Weg gegeben. Orłowski erwies sich immer mehr als der zuverlässigste Mittelsmann zwischen der DPG Hannover und Organisationen und Institutionen in Posen.

In der Nacht zum 13.12.1981 wurde in Polen das Kriegsrecht verhängt, was bedeutete, dass der beabsichtigte Transport nach Posen nicht mehr vor Weihnachten starten konnte. Nach komplizierten Verhandlungen erhielt der ASB Anfang Januar 1982 die notwendigen Visa für die Fahrt nach Posen, dem DPG-Vertreter wurde kein Visum erteilt. Nach seiner Rückkehr berichtete der Leiter des Transports, dass sich das informelle Netzwerk von *Solidarność* als zuverlässig erwiesen hatte. Darüber hinaus ging ein Teil der Spenden an einen Dominikaner-Pater, der Zugang zu Internierten hatte und diese sowie ihre Angehörigen gleichfalls mit Lebensmitteln und Medikamenten versorgen konnte.

Mit besonderer Aufmerksamkeit nahm der DPG-Vorstand einen heimlich transportierten Brief der Chefärztin der onkologischen Kinderstation der Medizinischen Akademie Posen, Professorin Urszula Radwańska, entgegen. Dazu meinte der Transportleiter: „Die kleine Professorin hat gesagt: Meine Kinder sterben, wenn sie die lebensrettenden Medikamente nicht mehr bekommen [...]“⁴² Dieser Satz hatte Signalwirkung. Über eher skeptische und abratende medizinische Auskünfte, die zunächst

⁴² Protokoll der Vorstandssitzung der DPG Hannover e.V. am 27.1.1982.

bezüglich des Erfolges einer Therapie leukämiekranker Kinder abgegeben wurden, setzte sich der Vorstand nach Einholung eines fundierten Gutachtens der Universitätsklinik in Hamburg-Eppendorf und zusätzlicher Informationen von Medizinern der Medizinischen Hochschule Hannover (MHH) hinweg und beschloss, Hilfe zu leisten. Man wollte sich auch künftig auf dieses Projekt konzentrieren. Es verstand sich von selbst, dass um viele Spenden geworben werden musste, weil eine erfolgversprechende Therapie sehr teuer war. Das Gießkannenprinzip, das auch in anderen nötigen Bereichen Hilfe ermöglicht hätte, verbot sich daher. Dem Vorstand war bewusst, auf welche Schwierigkeiten er sich mit diesem Entschluss einließ. Die Gesellschaft war bei dieser Hilfsaktion für einige Zeit auf sich selbst gestellt. Die großen karitativen Initiativen mussten ihre Mittel für Transporte voluminöserer Hilfsgüter einsetzen. Dagegen waren die teuren Medikamente in zwei oder drei Camping-Kühltaschen zu transportieren, obwohl sich in diesen mitunter der Warenwert eines durchschnittlichen Mercedes befand.

Die Folge des Beschlusses, den leukämiekranken Kindern in Posen zu helfen, setzte eine Unzahl von Aktionen auf allen Ebenen in Bewegung: Schüler verkauften Kuchen und führten Theaterspiele vor, um den Erlös zu spenden. In Parteien, Kirchen und anderen gesellschaftlichen Organisationen wurden Sammlungen durchgeführt, Schauspieler und Musiker richteten Benefizveranstaltungen aus. Die Chefärztin der Posener Pädiatrischen Station für leukämiekranke Kinder, Professorin Urszula Radwańska, wurde unmittelbar nach den ersten Lockerungen des Kriegsrechts zu Vorträgen nach Hannover eingeladen. Beiden Partnern, DPG und Klinik, war bewusst, dass bei aller Herzlichkeit der Aufenthalt der Ärztin vornehmlich der Werbung weiterer Spenden galt. Der schon erwähnte Apotheker hatte die erbetenen Medikamente in aufwändiger, zäher Arbeit ohne eigenen Gewinn und unter Aushandlung hoher Preisnachlässe seitens der Pharmahersteller

zusammengestellt. Zusätzlich sammelten Ärzte und Pflegepersonal der Medizinischen Hochschule Hannover selbst beträchtliche Summen und halfen großzügig in der Vermittlung des medizinischen Know-how.

Der definierte Zweck, Leben der kranken Kinder zu erhalten, gab der Spendenaktion ein besonderes Gewicht und führte schließlich zum beabsichtigten Erfolg: Kein Kind musste sterben, weil für die Behandlung seiner Krankheit die notwendigen Medikamente nicht zur Verfügung gestellt werden konnten.

Hubert Orłowski schrieb 1992 in der Zeitschrift *Dialog*:

„Denjenigen Hannoveraner/innen, die hauptsächlich – wenn auch nicht nur – in der und um die Deutsch-Polnische Gesellschaft versammelt waren und sind, ist in jenem historischen Augenblick ein seltenes Kunststück gelungen: Menschliche Zuneigungen nicht ins Charitativ-Almosenhafte umzumünzen, sondern auf logistischem Wege zweckrational zu optimieren. Gelingen konnte das unserem Freundeskreis in Hannover letztendlich vor allem wohl deshalb, weil er auf intellektuelle Kooperation, auf das Miteinander und nicht auf das Aneinandervorbeisprechen und den Entweder-Oder-Modus aus war.“⁴³

Die Darstellung von Beispielen der Unterstützung, die durch die DPG veranlasst wurden, lässt sich erweitern. Von Mitgliedern der verbotenen *Solidarność* in Allenstein brachte der Fahrer eines Hilfstransports eine Namensliste der Angehörigen von Internierten mit. Mitglieder und andere Bürger Hannovers versorgten diese Bedürftigen nicht nur einmalig, sondern über längere Zeit hinweg mit Geschenksendungen. Diese Aktion nahm durch eine

⁴³ Hubert Orłowski, Menschlichkeit, Zweckrationalität. Geschichte nach dem „Baedeker“, In: *Dialog* 2 (1992), S. 30 ff.

Gratis-Anzeige in der Wochenzeitung Die Zeit eine bundesweite Dimension an.

Die Aktion „Leukämiekranke Kinder in Posen“ beschränkte sich nicht nur auf die Lieferung von Medikamenten, sondern erweiterte sich auf Beschaffung von medizinischen Apparaten und Mitteln zum Ausbau der klinischen Infrastruktur. Dazu zählten u. a. ein Infusions-Computer, ein fahrbares Röntgengerät für Kinder nach einer Knochenmarktransplantation, Barmittel zum Aufbau einer Infrastruktur in der Kinderklinik, für eine Station für Knochenmarktransplantationen – damals die erste in Polen –, für die Mitbeschaffung eines Isolationszeltens. Aufgrund einer gewissen Liberalisierung konnte man später die gespendeten Gelder direkt nach Polen transferieren. Bei den kostspieligen, auf Initiative der Gesellschaft finanzierten Objekten hatte das Land Niedersachsen mitunter Geldbeträge beigesteuert. Erwähnt werden soll noch die Aktivität eines Mitgliedes, das in Zusammenarbeit mit Medizinern und Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens für die DPG umfangreiche Geldmittel für mehrwöchige Hospitationen von über 100 polnischen Klinikärzten an der Medizinischen Hochschule Hannover einwarb und sich auch für den organisatorischen Ablauf verantwortlich fühlte. Als unerwarteter, aber willkommener Nebeneffekt dieser Aktion stellte die medizinische und pharmazeutische Industrie wertvolle Sachspenden zur Verfügung. Diese beiden Aktionen, Unterstützung der Kinderklinik und Informationsaufenthalte von polnischen Klinikärzten in der MHH, wurden noch bis in die 1990er-Jahre fortgesetzt. Es handelte sich im Ganzen um eine erfolgreiche Aktion zivilgesellschaftlicher Hilfeleistung. Über die Kassenbücher des Vereins sind ab 1981 mindestens 2,5 Millionen DM an Spenden und Sachmitteln für humanitäre Hilfe nachweisbar. Daneben wurden in 13 unterschiedlich großen Lieferungen Sachspenden in einem Schätzwert von ca. 770.000 DM nach Polen befördert. Für die Kinderklinik in Posen gehen auch heute noch Spenden in geringem Umfang ein.

Ein Nebeneffekt der polnischen Krise und des Engagements der hannoverschen Gesellschaft in den 1980er-Jahren war das enorme Ansteigen der Mitgliederzahlen. „Ihr schwimmt ja auf der Welle vom Walesa“, sagte damals etwas neidisch ein anderer hannoverscher Vereinsvorsitzender.⁴⁴ Die hannoversche Gesellschaft war mittlerweile mit über 500 Mitgliedern⁴⁵ die mitgliedstärkste lokale Deutsch-Polnische Gesellschaft in der Bundesrepublik geworden.⁴⁶

Dazu trugen nicht zuletzt auch zahlreiche Veranstaltungen kulturellen, wissenschaftlichen und politischen Inhalts bei. Vorträge über die polnische Freiheitsbewegung in der Zeit um das Kriegsrecht hielten Adam Krzeminski, Hubert Orłowski, die Warschauer ARD-Korrespondenten Peter Gatter und Peter Bender sowie Jerzy Toeplitz und Janusz Sobczak. Teilnehmer von Studienfahrten berichteten über ihre Gespräche mit *Solidarność*-Vertretern in Posen, mit Land-*Solidarność*-Mitgliedern in der Wojewodschaft Olsztyn und mit Angehörigen der Lenin-Werft in Danzig. In einer Podiumsdiskussion am 9.2.1982 in Hannover sprachen die Politiker Peter von Oertzen (SPD)⁴⁷, Werner Remmers (CDU) und Walter Hirche (FDP).

⁴⁴ Chronik Deutsch-Polnische Gesellschaft Hannover e.V. 2004, S. 14.

⁴⁵ Ebd., folgende Mitgliederzahlen verdeutlichen die Entwicklung während der Krisenjahre in Polen: 1979: 67; 1980: 118; 1983: 303; 1984: 363, 1986: 433; 1987: 487; 1989: 512.

⁴⁶ Ganz im Gegensatz zu der positiven Entwicklung der Mitgliederzahlen der hannoverschen Gesellschaft berichtet die Hamburger Gesellschaft, dass sie ein Drittel ihrer Mitglieder verlor, weil diese die Ausrufung des Kriegsrechts im Dezember 1981 nicht akzeptierten. Vgl. *Riechers/Schröter/Kerski*, S. 280.

⁴⁷ Der Verfasser erinnert sich an dessen impulsiven Ausruf: „Die Verhängung des Kriegsrechts in Polen dokumentiert die Unreformierbarkeit des Kommunismus [...].“

3. „Solidarność-Besuch“ in Bremen – staatliche und zivilgesellschaftliche Hilfe

Am 12.4.1976 schloss die Hansestadt Bremen als erste Stadt der Bundesrepublik Deutschland mit Zustimmung der polnischen Regierung einen Partnerschaftsvertrag mit der Stadt Danzig. Der ehemalige Bürgermeister Hans Koschnick erinnert sich, dass seit 1973 langwierige Verhandlungen stattgefunden haben, in denen man sich lange nicht über die Bezeichnung der jeweiligen vertragsschließenden Partei einigen konnte. Schließlich verständigte man sich darauf, dass jede Seite ihren Namen unübersetzt in die Vertragsdokumente (also: Miasto Gdańsk und Senat der Freien Hansestadt Bremen) einsetzen sollte. Die Außenminister beider Staaten waren damit einverstanden. Nachdem diese Schwierigkeiten ausgeräumt worden waren, konnte das Experiment offizieller und auch zivilgesellschaftlicher Beziehungspflege zwischen zwei Städten in unterschiedlichen gesellschaftlichen Systemen beginnen. „Die Endphase des Kalten Krieges war eingeläutet“, kommentiert Hans Koschnick.⁴⁸

Obwohl bei den Verhandlungen zur Aufnahme der Städtepartnerschaft zwischen 1973 und 1976 umfassendere entspannungspolitische Konzeptionen nicht ausgesprochen wurden, stimmte die Motivation von Bremer Seite mit der Ostpolitik der sozialliberalen Koalition überein, unter Respektierung der herrschenden Machtverhältnisse auf eine allmähliche Änderung der Situation im Osten zu warten, ja diese sogar indirekt zu bewirken.

Ein Dilemma trat in dem Moment zu Tage, als soziale Unruhen, wie die Streikbewegung von 1980 und die Verhängung des Kriegsrechts im Dezember 1981, das politische Tagesgeschäft beherrschten. Wie sollte sich ein von Sozialdemokraten regierter Stadtstaat verhalten? Sollte sich die Stadt Bremen, Traditionen

⁴⁸ Interview des Verfassers mit Hans Koschnick am 3.3.2005.

der Arbeiterbewegung folgend, spontan für die Solidarität mit den streikenden und später unter Kriegsrecht stehenden Arbeitern erklären? Oder gebot die Parteiräson diplomatische Zurückhaltung? Verlangte dies nicht geradezu das außenpolitische Prinzip der Sicherung des Friedens bei Fortsetzung der eingeleiteten Entspannungspolitik?⁴⁹ Würde die erwartete und gewünschte allmähliche Liberalisierung, mithin Demokratisierung, der mittelost- und osteuropäischen Staaten nicht gerade deswegen behindert werden, weil deren Machthaber westliche Solidaritätsbekundungen als propagandistische Einmischung in ihre inneren Angelegenheiten bekämpfen müssten? Und nicht zuletzt: War es nicht berechtigt, im Westen Angst vor einer tragischen Niederwerfung der polnischen Emanzipationsbewegung wie 1956 in Ungarn und 1968 in der Tschechoslowakei zu haben, verstärkt durch die Tatsache, dass viele Danziger und andere Polen durch die begonnenen partnerschaftlichen Begegnungen keine abstrakten Größen mehr für die Bremer waren, sondern reale Menschen?

Während eines Besuches des 1. Sekretärs der PVAP, Edvard Gierek, in der Bundesrepublik Deutschland am 11.6.1976 kam es auch in Bremen zu einer Begegnung mit dem Senat. Hans Koschnick berichtet, dass er Gierek gefragt habe, „warum es nicht zu einer Begegnung von Arbeitern zu Arbeitern kommen“ könne.⁵⁰ In der Folge dieses Gesprächs wurden später ein Besuch des Betriebsrats der AG Weser auf der Lenin-Werft in Danzig und ein Gegenbesuch einer Danziger Delegation in Bremen angeregt. Vorher habe es schon wirtschaftliche Kontakte gegeben, so ein beachtlicher Schiffbau-Auftrag von Hapag-Lloyd an die Danziger Werft. Deshalb habe das „Bremer Tabak-Collegium“⁵¹ die Lenin-

⁴⁹ *Natalie Bégin*, S. 323.

⁵⁰ Interview mit Koschnick.

⁵¹ Das Bremer Tabak-Collegium ist ein in den 1950er-Jahren gegründeter, unabhängiger, liberaler Zusammenschluss, der sich das Gespräch über gesellschaftsrelevante Themen zur Aufgabe gemacht hat.

Werft besucht und dabei auch Gespräche mit Betriebsangehörigen geführt. Koschnick habe sich selbst dort häufig informiert und durch Vermittlung des damals populären Danziger PVAP-Politikers Tadeusz Fiszbach, der im August 1980 als Verhandlungsführer der Regierungsseite den Kompromiss mit *Solidarność* ausgehandelt hatte, auch Verbindungen mit Lech Wałęsa aufnehmen können. Es verstand sich von selbst, dass Kontakte von Bremer Bürgern mit Danzig und der Lenin-Werft ab August 1980 überwiegend solche mit *Solidarność*-Angehörigen waren.

Erste wichtige Kontakte zur *Solidarność* nahm der Hauptgeschäftsführer der Bremer Arbeiterkammer, Dr. Walter Franke, auf.⁵² Dieser berichtete, dass er im April 1981 gemeinsam mit seiner Frau im Rahmen des Kulturabkommens in Danzig weilte.⁵³ Über den Wojewoden von Danzig, Aleksander Arendt, sei eine Begegnung mit Lech Wałęsa vermittelt worden. Franke sei mit Wałęsa, dessen Stellvertreter Alojzy Szablewski und dem Werftdirektor Klemens Gniech am 24.4.1981 in dem Moment zusammen getroffen, als auch der aus Warschau angereiste polnische Kulturminister zugegen war und erfolglos nahe legte, den Streik zu beenden. Nachdem der Kulturminister die Runde verlassen habe, verabredeten Franke und Wałęsa, eine *Solidarność*-Delegation nach Bremen reisen zu lassen. Wałęsa habe diese Delegation später selbst zusammengestellt. Im Gesprächsverlauf dankten die *Solidarność*-Sprecher für die bisher „großzügige“⁵⁴ Unterstützung des Deutschen Gewerkschaftsbunds und seiner Einzelgewerkschaften.

⁵² Walter Franke war von 1963 bis 1986 (mit vierjähriger Unterbrechung von 1975 bis 1979) Hauptgeschäftsführer der Bremer Arbeiterkammer, von 1971 bis 1975 Vorsitzender der SPD-Fraktion in der Bremer Bürgerschaft, von 1975 bis 1979 Zweiter Bremer Bürgermeister und Senator für Arbeit, Jugend, Soziales und Sport.

⁵³ Interview des Verfassers mit Walter Franke am 10.5.2005.

⁵⁴ Wie Franke sich erinnert, sei von heimlicher Hilfe gesprochen worden; vgl. auch *Natalie Bégin*

In den „Mitteilungen an die Presse“ der Arbeiterkammer Bremen vom 29.4.1981 wurde verlautet: „Die Arbeiterkammer Bremen wird mit der freien polnischen ‚Solidarität‘-Gewerkschaft einen Erfahrungs- und Meinungsaustausch durchführen.“⁵⁵ Weiter wurde ausgeführt, dass für Frankes allgemeinen Informationsbesuch in Polen und insbesondere in Danzig „Informationen über die Gewerkschaft ‚Solidarität‘ im Vordergrund“ stünden, weil die Arbeiterkammer „für die Grundsätze der unabhängigen und freien Gewerkschaft eintrete, auf die die Arbeitnehmer in der Bundesrepublik mit Recht stolz seien“.

Außerdem hieß es:

„Dr. Franke erläutert während der Pressekonferenz, daß nach den dabei zugänglich gemachten Informationen in einzelnen Betrieben bis zu 95% der Beschäftigten in der ‚Solidarität‘ organisiert seien, darunter zahlreiche Mitglieder der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei (PVAP). Diese kommunistischen ‚Solidaritäts‘-Mitglieder rekrutierten sich zumeist aus jüngeren Funktionären sowie aus Mitgliedern der Parteibasis. Ausdrücklich sei ihm erklärt worden, der Kampf der ‚Solidarität‘ gehe nicht gegen den Sozialismus und man wolle schon gar nicht das kapitalistische System einführen. Vielmehr ziele man auf den Austausch einer Reihe von Spitzenfunktionären aus Partei und Verwaltung ab, die ‚Solidarität‘ kämpfe im Grunde genommen gegen die Verbürokratisierung von Partei und Staat. Dabei seien gegenüber bestimmten Vertretern von Partei und Staat massive Vorwürfe der Korruption, des Egoismus, des Hierarchie-Denkens, der eklatanten Widersprüche zwischen Handeln und Worten bis zur totalen fachlichen Unfähigkeit [erhoben worden]. Nach seinem Eindruck, so Dr. Franke,

⁵⁵ Pressemitteilung der Arbeiterkammer Bremen vom 19.4.1981.

setzte sich in der ‚Solidarität‘ der von Lech Wałęsa verkörperte gemäßigte Flügel durch, der unter der realistischen Einschätzung der Möglichkeiten entscheidendere Reformen zu erreichen versuche.“⁵⁶

In Schreiben an Lech Wałęsa, dessen Stellvertreter Alojz Szablewski und den Werftdirektor Gniech Ende April 1981 wurde die Einladung für zehn *Solidarność*-Vertreter der Lenin-Werft ausgesprochen. An den 1. Vorsitzenden des DGB, Heinz Oskar Vetter, richtete Franke im Brief vom 30.4.1981 Wałęsas Grüße und Dank an den DGB und seine Einzelgewerkschaften für „die bisher gewährten Hilfen und Unterstützungen“ aus.⁵⁷

Der erste Termin für den Besuch war seitens der *Solidarność* der Lenin-Werft nach der Urlaubszeit im September vorgesehen. In Schreiben vom 13.10. und 12.11.1981 wurde der avisierte Besuchstermin wegen der Schwierigkeiten, die die polnischen Passbehörden verursachten, immer wieder verschoben, am 12.11.1981 heißt es noch:

„Es kann sein, daß sich die Erledigung der Pässe bis zum nächsten Jahr verschiebt. Doch wir hoffen, daß unser Treffen einmal Wirklichkeit wird. Es muß doch einmal soweit sein, daß unsere Staatsverhältnisse sich normalisieren.“⁵⁸

Am 12.12.1981 war es trotz der pessimistischen Einschätzung des letzten Briefes dann doch möglich, dass eine 12-köpfige Delegation der Danziger Lenin-Werft die Reise nach Bremen antreten konnte, um sich – wie es der Programmentwurf der Arbeiterkammer vorsah – mit Strukturen der Arbeitswelt in der Bundesrepu-

⁵⁶ Ebd.

⁵⁷ Archiv der Arbeiterkammer Bremen.

⁵⁸ Ebd.

blik Deutschland vertraut zu machen. Leiter der Gruppe war Kaszimierz Kunikowski, Gründungsmitglied des Streikkomitees der Danziger Lenin-Werft und 1981 Delegierter des I. Delegiertenkongresses der NSZZ Solidarność. Die Reisenden wurden durch die massive Polizei- und Militärpräsenz auf dem Posener Bahnhof sowie durch den unverhältnismäßigen Einsatz der Volkspolizei auf dem Bahnhof Friedrichstraße in Ost-Berlin irritiert. Die Mitglieder der Reisegruppe berichteten von Leibesvisitationen, verbalen Drohungen, von jenen Gesten herabwürdigenden „Herrenmenschentums“, denen polnische Reisende durch die „Grenzorgane“ der DDR seinerzeit nicht selten ausgesetzt waren.⁵⁹

Schließlich wurde die Reise, wenn auch mit Verspätung, fortgesetzt. Erst bei der Ankunft in Bremen erfuhren die *Solidarność*-Vertreter von der Ausrufung des Kriegsrechts in Polen in den Frühstunden des 13.12.1981.

Der *Stern* berichtete, dass man nach Ankunft der Delegation das vorgesehene Besuchsprogramm durchführte

„[...] so wie es die Arbeiterkammer, die Landesvertretung der Arbeiter im Land Bremen, als Gastgeber für sie aufgestellt hat. Sie diskutierten mit den deutschen Gewerkschaftern über Streikrecht und Mitbestimmung, Tarifverträge und Arbeitsgerichte in der Bundesrepublik, um Alternativen für ihr Land kennenzulernen. Sie besuchen die Werften „Bremer Vulkan“ und „AG Weser“, suchen neue, bessere Organisationsstrukturen, die sie zu Hause auf der Lenin-Werft einführen können. Doch wenn sie wieder in Danzig sind, wo jetzt das Militär regiert, wird sie keiner mehr danach fragen.“⁶⁰

⁵⁹ Vgl. *Stern* 53 (1981), S. 22: „Sie wußten nicht, weshalb DDR-Grenzbeamte sie an den Hemdkragen packten, Drohgebärden machten, alle nicht verplombten Gepäckstücke durchwühlten und schließlich ihre Transit-Visa durch das sozialistische Bruderland kassierten.“

⁶⁰ Ebd.

Die *Solidarność*-Gruppe aus Danzig war zunächst wie geplant im Bildungsheim der Arbeiterkammer, dem „Marschenhof“, untergebracht. Als bald stellte sich jedoch die Frage, ob die Delegation in Bremen verbleiben oder nach Polen zurückkehren sollte. Für den Fall des Bleibens mussten geeignete Unterkünfte und für weitere politische Betätigung Büroräume gefunden und finanziert werden. Hans Koschnick riet, Asylanträge entweder nicht zu stellen oder zurückzunehmen, um alle institutionellen Verwicklungen – nicht zuletzt auch mit den polnischen Behörden – zu vermeiden. Er hielt den Asylstatus für problematisch, weil dies der polnischen Seite einen billigen Vorwand zur Ausbürgerung hätte geben können. Daher bemühte er sich unter Einhaltung größtmöglicher Diskretion in Gesprächen mit verschiedenen Bremer Institutionen um eine rasche unbürokratische Erledigung der unmittelbar anstehenden Fragen.

Walter Franke meinte, hinsichtlich der Behandlung der *Solidarność*-Delegation durch den Senat sei eine gewisse Zögerlichkeit zu beobachten gewesen.⁶¹ Wegen der Unterbringung der Delegation aus Danzig war es mittlerweile in der Öffentlichkeit Bremens zu kritischen Äußerungen gekommen. Der Bundestagsabgeordnete Reinhard Metz (CDU) polemisierte in den *Bremer Nachrichten* vom 5.1.1982 unter der Überschrift „Koschnick wollte beschwichtigen“:

„Was macht es für einen Eindruck, wenn der Bremer Bürgermeister Koschnick einen Tag nach der Machtübernahme der Militärregierung nach Moskau und Riga fliegt und da beschwichtigende Erklärungen abgibt?“⁶²

In den *Bremer Nachrichten* vom 19.1.1982 unterstellte der Bür-

⁶¹ Interview mit Franke.

⁶² „Koschnick wollte beschwichtigen“, In: *Bremer Nachrichten*, 5.1.1982.

gerschaftsabgeordnete der Bremer Grünen Liste (BGL) Olaf Dinné sogar, dass

„nach Willen des Sozialsenators Henning Scherf [...] eine mögliche Unterkunft für die Solidarność-Gruppe schnell noch einer Tarnorganisation der DKP zugeschoben werden [soll], einer DKP, die wenigstens noch am unverhohlensten die polnische ‚Solidarität‘ bekämpft, weil diese Arbeiterorganisation z. Zt. die größte Gefahr für den real existierenden Sozialismus darstellt.“⁶³

Zwei Mitglieder der Danziger Delegation fuhren schon am 19.1.1982 nach Polen zurück. Im *Weser-Kurier* vom 21.1.1982 heißt es dazu:

„Es handelte sich um die Dolmetscherin und einen Schiffsmechaniker der Lenin-Werft. Beide hatten sich gleich nach Ankunft der Gruppe in Bremen von der Delegation abgesetzt, weil sie mit öffentlichen Äußerungen der Gewerkschafter aus Angst vor einer Haftstrafe in der Heimat nicht in Zusammenhang gebracht werden wollten. Die Dolmetscherin, so stellte die Delegation klar, gehörte übrigens nicht der Gewerkschaft Solidarität an.“⁶⁴

Die Bremer Bürgerschaft setzte auf Antrag der BGL-Fraktion am

⁶³ Bremer Nachrichten, 19.1.1982.

⁶⁴ Beim Transit durch die DDR wurde die Dolmetscherin für einige Tage verhaftet und von den DDR-Behörden verhört. Nach ihrer Freilassung konnte sie nach Polen zurückkehren. Diese und andere Informationen stammen aus der deutschen Version eines Manuskripts des Artikels „Solidarność kaszubska. Dwaj Kaszubi w niemieckim biurze koordynacyjnym NSZZ Solidarność (1982–1983)“, in: *Pomerania* 4, 2004, die der Verfasser Marcin M. Bobrowski verdankt. Bobrowski ist Sohn eines Mitgliedes der Danziger Gruppe, der seine Familie ein Jahr später nach Bremen holte und noch heute dort lebt.

20.1.1982 zum Thema „Solidarität mit der in Bremen weilenden Delegation von Solidarność“ eine aktuelle Stunde an.⁶⁵ Der Bürgerschaftspräsident begrüßte unter Beifall des Hauses die als Gäste anwesenden polnischen Gewerkschafter aus Danzig. Der BGL-Abgeordnete Axel Adamietz begründete die Anfrage seiner Partei.⁶⁶ In der Beurteilung der Ereignisse stellte er mit allen Parteien der Bremer Bürgerschaft weitgehende Übereinstimmung fest. In seiner Darlegung verlas er den *Solidarność*-Appell der Brüsseler Konferenz vom 9.1.1982. Im Übrigen enthielt er sich jeder Polemik des Stils seines Parteifreundes Olaf Dinné in der Bremer Zeitung vom Vortage. Der FDP-Fraktionsvorsitzende Horst-Jürgen Lahmann betonte die zahlreichen Kontakte Bremer und Danziger Bürger und appellierte an die polnischen Instanzen, die Inhaftierten freizulassen. Für die in Bremen anwesenden Gäste aus Danzig sei für die Dauer des Aufenthalts die praktische Hilfe „eine pure Selbstverständlichkeit“. Im Zusammenhang mit der Beschaffung eines Büros führte Lahmann aus:

„Das Zögern, das da und dort zu beobachten gewesen ist, steht einer weltoffenen gastfreundlichen Freien Hansestadt Bremen nicht wohl an.“⁶⁷

Der CDU-Abgeordnete Bernd Neumann kritisierte die parteipolitischen Auseinandersetzungen um die Frage der Hilfe für Polen, die für ihn bedauerlicherweise zum „Hauptschlager der innenpolitischen Diskussion geworden“ sei. In die Kritik bezog er auch seine eigene Partei ein. In der speziellen Frage der Unterbringung der polnischen Gewerkschafter führte er zum Schluss seiner Rede aus:

⁶⁵ Bremische Bürgerschaft (Landtag) – 10. Wahlperiode – 53. Sitzung am 20.1.82, Plenarprotokolle Band 5, 53.–64. Sitzung, Januar 1982 bis Juni 1982, S. 4077–4086.

⁶⁶ Ebd., S. 4077–4079.

⁶⁷ Ebd., S. 4079 ff.

„Ich glaube einfach nicht daran, daß nun diesen Bürgern aus Polen, Gewerkschaftlern, nicht die Möglichkeit räumlicher Nutzung geboten wird. Das wäre doch lachhaft! Wenn selbst mit Hausbesetzern Nutzungsverträge für leer stehende Häuser abgeschlossen werden, muß es auch eine Selbstverständlichkeit sein, daß wir das auch mit Bürgern aus Polen erreichen.“⁶⁸

Im Übrigen forderte er die Bürgerschaft auf, geschlossen an der Solidaritätskundgebung des DGB am 30.1.1982 teilzunehmen.

Für die SPD sprach deren Fraktionsvorsitzender Klaus Wedemeier. Die bisherige Zurückhaltung seiner Partei begründete er mit folgenden Worten:

„Ich war und bin der Meinung, daß jede öffentliche Debatte, jede übertriebene öffentliche Debatte über die Hilfe für die polnische Delegation, insbesondere wenn die Anwesenheit der Delegation parteipolitisch ausgenutzt werden soll, den Mitgliedern der polnischen Delegation persönlich bei ihrer Rückkehr schaden wird.“⁶⁹

Wedemeier zeigte sich zuversichtlich, dass die Bremer Arbeiterkammer zusammen mit dem DGB und der Arbeiterwohlfahrt in kürzester Zeit eine Lösung finden werde. Er betonte, dass die SPD sich auch künftig nicht „an weiterer Pressearbeit in dieser Sache“ beteiligen werde, und forderte die anderen Parteien des Hauses auf, Gleiches zu tun.

Der Präsident des Senats, Bürgermeister Hans Koschnick, wies in seiner Rede anfangs auf sein persönliches Engagement für die Entwicklung der politischen Beziehungen zwischen Deutschland und

⁶⁸ Ebd., S. 4080 ff.

⁶⁹ Ebd., S. 4082.

Polen seit 1972 hin. Er betonte, dass für ihn „der Ausbau der menschlichen Beziehungen ebenso wichtig [...] wie der Ausbau der politischen und der wirtschaftlichen Beziehungen“ sei.⁷⁰ Die Partnerschaft Bremens mit Danzig werde von allen Parteien einmütig getragen. „Diese Einmütigkeit“, unterstrich Koschnick, „gehörte und gehört zu jenen Bremer Besonderheiten, auf die wir alle hier miteinander ein wenig stolz sein können.“ In seinem *tour d’horizon* ordnete er die kommunale Partnerschaft mit Danzig als Folge des Helsinki-Prozesses ein, während er die gegenwärtigen Unruhen in Polen mit denen der jungen Generation im Westen Europas verglich.

„Die Luft einer neuen Freiheit wehte in der EG wie im Comecon, vielleicht nicht einheitlich in der Richtung und Zielsetzung, aber beflügelt vom kritischen Geist der Auseinandersetzung mit einer als unfruchtbar empfundenen Epoche.“

Schließlich, wieder auf die aktuellen Bremer Belange zurückkehrend, sagte Koschnick:

„Es ist für den Senat ganz selbstverständlich gewesen und es bleibt auch ganz selbstverständlich, der Delegation der Lenin-Werft, die sich auf Einladung der Arbeiterkammer seit dem 13.12.1981 in Bremen aufhält, uneingeschränktes Gastrecht anzubieten.“

Und unter besonderer Betonung:

„Dabei war und ist allerdings zu beachten, daß alle Mitglieder dieser Delegation die feste Absicht geäußert hatten, sobald die Verhältnisse es erlauben, wieder nach Polen zurückzukehren.“⁷¹

⁷⁰ Ebd., S. 4084 f.

⁷¹ Ebd., S. 4084.

Im weiteren Verlauf der Rede führt Koschnick zusätzliche Gründe für das nur scheinbar bedeckte Vorgehen des Bremer Senats an. Dazu zähle, dass „deutscherseits alles unterbleiben [musste], was diese von ihnen [den Mitgliedern der Delegation] gewünschte Rückkehr erschweren“ könnte. Schließlich solle auch bedacht werden,

„ob staatliche Einwirkungen nicht genau jenen Kräften im Ostblock Auftrieb gegeben hätten, die unentwegt behaupten, die Solidarität sei in wesentlichen Teilen nichts weiter als ein Produkt westlicher Infiltrationspolitik.“⁷²

Hinsichtlich der materiellen Versorgung der polnischen Gewerkschafter während der Dauer ihres Aufenthalts in Bremen ließ Koschnick schließlich keinen Zweifel daran, dass der Senat mit großer Selbstverständlichkeit dafür aufkomme.

In der nachfolgenden Debatte griff der BGL-Abgeordnete Adamietz die zunächst allgemein gehaltene Erklärung des Bürgermeisters polemisch an und verlangte Präzision in der Frage der Bereitstellung eines Büroraums für die *Solidarność*-Delegation. Daraufhin ergriff Hans Koschnick nochmals das Wort und gab die aktuelle Sachstandsinformation, dass die polnischen Gewerkschafter am nächsten Morgen ein Objekt, das ihnen als Büro und Unterkunft zur Verfügung gestellt werden solle, in Augenschein nehmen würden. Die Debatte endete mit persönlichen Erklärungen, in denen u. a. der SPD-Abgeordnete Erwin Schmidt die gegen seine Partei und gegen den DGB erhobenen Vorwürfe unter Anführung aller in der Sache gemachten Gespräche und Initiativen entschieden zurückwies.

⁷² Ebd., S. 4085.

Der *Weser-Kurier* erschien tags darauf mit der Schlagzeile: „Koschnick klärte Polen über Missverständnis auf/Solidaritäts-Delegation ließ nach Parlamentsdebatte ‚Dampf‘ ab.“⁷³ Dort heißt es:

„Die Debatte der Bürgerschaft über die Solidarität mit Polen war gerade beendet, da traten Mitglieder der Solidaritäts-Delegation aus Danzig im Haus der Bürgerschaft vor Journalisten und ließen ‚Dampf‘ ab. ‚Bei allen Gesprächen haben wir stets den Eindruck, Objekte, nicht aber Subjekte zu sein‘, bemängelten sie. Daß sie am heutigen Tag eine Wohnung anschauen sollen – wie Bürgermeister Hans Koschnick vor der Bürgerschaft erklärte –, sei ihnen völlig neu. ‚Darüber hat mit uns niemand gesprochen‘, sagten sie.“

Darüber hinaus berichtete der *Weser-Kurier* von den Vorwürfen der *Solidarność*-Delegierten gegenüber Koschnick, der angeblich keine Zeit für sie gehabt habe. Koschnick wies diese Kritik mit der Bemerkung zurück, dass sich bei ihm oder in seinem Vorzimmer niemand gemeldet habe. Das Gespräch sei dann in der Lobby der Bürgerschaft nachgeholt worden.

Günter Grass, der mit Bremen quer lag, fand auf einer Veranstaltung in Worpswede anerkennende Worte. In einem Bericht der Bremer Nachrichten vom 3.5.1982 heißt es:

„Man hört: es ist viel Bitterkeit in ihm. Doch zunächst ist er Bremen noch gram als ‚zeitweilig Verpöner‘, da doch Bremen sich vor Jahren das ‚Desaster‘ leistete, [...] die ‚Blechtrommel‘ von Grass als nicht preiswürdig unter für ihn demütigenden Umständen einzustufen, ihn für den Literaturpreis abzulehnen. Grass guckt gelassen: ‚Nu‘ nich‘

⁷³ *Weser-Kurier*, 21.1.1982.

mehr. Ich sag‘ Ihnen auch warum. Bremen habe ich – wenn auch mit Vorbehalt – verziehen für böse Angetanes. Bremen hat für Solidarność, für politische Gewerkschaftler, eine Bleibe geschaffen. Das finde ich großartig. Dafür bin ich bereit, mich auszusöhnen.’ Keine Unterbrechung duldend, fügt er fast heftig an: ‚Die brauchen wir jetzt alle: Solidarität. Es ist ein Wort, ein uraltes Wort des europäischen Arbeiterkampfes. Ihm nachzuleben täte uns allen gut.‘⁷⁴

Es dauerte noch bis zum 19.4.1982, bis das Haus in der Eduard-Grunow-Straße 2 bezugsfähig war. Zur Eröffnung kamen zahlreiche Vertreter von Parteien, Gewerkschaften und Arbeiterkammer. Unter ihnen war auch Christine Koschnick, stellvertretende Vorsitzende der Deutsch-Polnischen Gesellschaft Bremen. Nach einem Bericht der *Nordsee-Zeitung* vom 21.4.1982 heißt es:

„Lange mußten die in der Bundesrepublik lebenden Mitglieder der polnischen Gewerkschaft ‚Solidarność‘ auf eine offizielle Anerkennung durch ihre deutschen Kollegen warten. Dann endlich hat der Bundesvorstand des Deutschen Gewerkschafts-Bundes (DGB) die Anerkennung der Solidaritäts-Zentrale für die Dauer eines Jahres beschlossen. ‚Für diese Zeit übernehmen wir alle Bürokosten einschließlich der Monatsmiete von rund 300 Mark‘, teilte der Vorsitzende des DGB im Lande Bremen, Erwin Schmidt, mit.“⁷⁵

Walter Franke erinnert sich, dass die Verhandlungen mit dem DGB sich als schwierig erwiesen hätten. Nur die Postgewerkschaft hätte sich von Anfang an für spontane Hilfeleistung stark gemacht. Erwartungen von drei der polnischen Gewerkschafter,

⁷⁴ Bremer Nachrichten, 3.5.1982.

⁷⁵ Die Nordsee-Zeitung, 21.4.1982.

die nach dem angeführten Zeitungsbericht „vom DGB fest angestellt und damit bezahlt werden wollten“⁷⁶, konnten vom DGB nach dem ‚Gleichbehandlungsgrundsatz‘ nicht erfüllt werden. So hätten sich türkische Gewerkschafter wegen der unbürokratischen Vermittlung des Büros in der Eduard-Grunow-Straße an die polnische Gruppe über deren Vorzugsbehandlung beschwert. Hans Koschnick teilte mit, dass dank der Vermittlung des Leiters der Abteilung für Internationale Zusammenarbeit beim DGB, Erwin Kristoffersen, das Engagement des DGB zustande gekommen sei.⁷⁷ Im Bundesvorstand des DGB war die Vorrangstellung des Bremer Büros vor anderen *Solidarność*-Gruppierungen in der Bundesrepublik schon frühzeitig festgelegt worden. Im Protokoll der Sitzung des Bundesvorstandes vom 2.2.1982 heißt es dazu:

„Auf einen Hinweis des Kollegen Sierks, daß allein in Hamburg sich mehrere Delegationen als *Solidarność*-Gruppe ausgeben, die ohne ausreichende Ausweispapiere sehr anmaßend mit Unterstützungsforderungen aller Art an den DGB herantreten, wird vom Kollegen Vetter festgestellt, daß es für den DGB nur 7 Personen gibt, die berechtigt sind, für ‚*Solidarność*‘ aufzutreten. Diese sind von der Arbeitskammer Bremen eingeladen und haben dort ihr Büro.“⁷⁸

Die Kosten der Stadt Bremen für das Haus in der Grunow-Straße betragen insgesamt 2.000 DM. Dazu kamen die Kosten des Sozialressorts für den Lebensunterhalt der Gäste. Dabei sei immer, so Hans Koschnick, darauf geachtet worden, dass diesbezüglich

⁷⁶ Ebd.

⁷⁷ Brief Koschnicks an den Verfasser vom 21.4.2005.

⁷⁸ AdsD, DGB-Archiv Organisation 5/DGAL000095.

keine eigenständigen Anträge zu stellen waren. Die Arbeiterkammer habe nach den Erinnerungen von Walter Franke einen Aufruf zur Unterstützung der *Solidarność*-Delegation erlassen.⁷⁹ Dies habe zu Spenden zwischen 30.000 DM und 40.000 DM geführt.

Walter Franke gab an, er habe zusätzlich dafür gesorgt, dass Mitglieder der Danziger Gruppe bei Mercedes, der Fleischfabrik Könnecke und der privaten Bremer Baugesellschaft Engelland eine zeitweilige Beschäftigung gefunden hätten.

Das Bremer Büro rief anlässlich seiner Eröffnung die Bürger dazu auf, sich weiter an Spendenaktionen für Polen zu beteiligen.⁸⁰ An jedem 13. eines Monats (Erinnerung an den Ankunftstag der Delegation am 13.12.1981) sollten vom Büro aus Transporte mit Lebensmitteln und Medikamenten nach Polen starten. Darüber hinaus wollte das Büro Patenschaften für polnische Familien durch bundesdeutsche Belegschaften und Einzelpersonen vermitteln.

Als weitere Aufgabe sollte das Büro die Koordination aller *Solidarność*-Kontakte im Bundesgebiet übernehmen und Verbindungen zu den im Ausland tätigen *Solidarność*-Gruppen in Frankreich, Holland, Italien, Norwegen und der Schweiz herstellen. In dieser Arbeit wurde das Bremer *Solidarność*-Büro vom DGB-Bundesvorstand unterstützt und gefördert. Da sich im Laufe der Zeit mehrere *Solidarność*-Gruppen in Deutschland und auch im westlichen Ausland bildeten, wurde die inhaltliche Abstimmung zwischen diesen Gruppen immer komplizierter. Auf Initiative des nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten Johannes Rau und mit Unterstützung von Erwin Kristoffersen als dem Leiter der Internationalen Abteilung beim Bundesvorstand des DGB lud der DGB für den 13./14. März 1982 zu einem Koordinierungstreffen nach Düsseldorf ein. Dabei trafen sich 27 in der Bundesrepublik lebende *Solidarność*-Vertreter, u.a. sieben vom Bremer

⁷⁹ Interview mit Franke.

⁸⁰ Nachricht im Weser-Kurier, 20.4.1982.

Solidarność-Büro.⁸¹ In einem umfassenden Appell „an die Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland“ dankten die Teilnehmer „allen Menschen, Gewerkschaftsorganisationen und karitativen Verbänden, die dem polnischen Volk in diesen schweren Tagen vielseitige Hilfe“ leisteten.⁸² Kristoffersen, der an dieser Tagung als Beobachter teilgenommen hatte, schrieb darüber in seinem Bericht an Heinz Oskar Vetter:

„Die Tagung verlief in vorbildlicher Ordnung. Die teilnehmenden *Solidarność*-Angehörigen bezogen im Allgemeinen sehr verantwortungsbewußte Positionen und waren sich ihrer diffizilen politischen Position voll bewußt. Das galt auch bezüglich ihres Verhältnisses zum Gastland, wie auch bezüglich der Gefährdung ihrer Angehörigen durch unbesonnene Erklärungen. Entsprechend ausgewogen fielen ihre politischen Stellungnahmen aus.“⁸³

Wenig später wurde der Leiter der Gruppe, Kazimierz Kunikowski, eingeladen, als offizieller Vertreter der *Solidarność* auf dem 12. DGB-Bundeskongress am 18.5.1982 eine Rede zu halten, in der er sich für die materielle und moralische Hilfe der deutschen Gewerkschafter bedankte und die vereinzelt Untergrundaktionen in Polen als ein positives Zeichen dafür wertete, dass seine Landsleute durch das Kriegsrecht nicht resigniert hätten.

Angesichts der Vielgestaltigkeit der *Solidarność*-Bewegung und ihrer Auslandsvertreter kam es gelegentlich zu Unstimmigkeiten über Fragen, wie einen möglichen westlichen Wirtschaftsboykott Polens oder über parteipolitische Stellungnahmen von

⁸¹ Vgl. dazu das 4. Kapitel.

⁸² AdsD, DGB-Archiv, DGB-Bundesvorstand Internationale Abteilung/Abteilung Ausland 5/DGAJ000292.

⁸³ Ebd.

im Ausland lebenden *Solidarność*-Vertretern.⁸⁴ Gelegentlich kritisierten auch Vertreter der politischen Rechten (der CSU und des RCDS) in Deutschland eine zu geringe Unterstützung der Bremer *Solidarność*-Gruppe. Darauf entgegnete Kristoffersen am 30.7.1982 in einem Brief an die FAZ, dass derartige Angaben nicht richtig seien. Der finanzielle Umfang des Beitrags des DGB habe ständig zugenommen. Er führte weiterhin die bekannte Unterstützung des DGB für das Bremer Büro an und betonte, dass „die finanzielle Unterstützung für das Informationsbüro [...] ganz offensichtlich ausreichend bemessen“ sei, „denn bisher wurde der monatliche Beitrag nie voll ausgeschöpft.“ Zudem wurde bemängelt, dass „das hier sichtbare Arbeitsergebnis des Büros in Bremen bisher auch nur relativ beschränkt geblieben“ sei.⁸⁵

Über die Ursachen der gelegentlich bekundeten Unzufriedenheit der betroffenen polnischen Gewerkschafter lässt sich nur mutmaßen. Am Mangel an materieller Unterstützung kann es wohl nicht gelegen haben. Möglicherweise spielten weitergehende Erwartungen gegenüber den deutschen Gewerkschaften bei den polnischen Gästen eine gewisse Rolle. Es ist auch nicht auszuschließen, dass die polnischen Gewerkschafter im deutschen Exil mit zwei unterschiedlichen Erlebniswelten konfrontiert wurden: in Polen die 18-monatige Erfahrung mit spontaner, weniger strukturierter und organisierter Gewerkschaftsarbeit, in Deutschland die Begegnung mit einer gesellschaftlichen Großorganisation mit eingefahrener Organisationsstruktur. Die weniger spontane Haltung der Bremer DGB-Funktionäre mag diesen Eindruck auch verstärkt haben.

⁸⁴ Vgl. „Solidarität‘ jetzt mit einem eigenen Büro“, in: Weser-Kurier, 20.4.1982.

⁸⁵ AdsD, DGB-Archiv, DGB-Bundesvorstand, Abteilung Internationale Politik/Abteilung Ausland 5/DAGJ000295.

Dies waren aber nicht die einzigen Probleme, mit denen sich die polnischen Gewerkschafter in Bremen auseinander zu setzen hatten. Es versteht sich von selbst, dass das Bremer *Solidarność*-Büro den Machthabern in Polen ein großes Ärgernis war. Polnische Medien und Politiker gingen offensiv gegen die *Solidarność*-Gruppe und ihr Büro vor. In polnischen Zeitungen hieß es:

„Das Büro in Bremen würde sich in den Dienst der westdeutschen Extremisten stellen und deren territoriale Forderungen in Schlesien unterstützen.“⁸⁶

Am 26.7.1982 veröffentlichte Trybuna Ludu eine angeblich vom Bremer Büro verbreitete Meldung über 70.000 bewaffnete Untergrundkämpfer im Süden Polens. Das Büro dementierte sofort.

Bei einem privaten Besuch des Bremer Bundestagsabgeordneten Ernst Walthemate (SPD) Ende Juni 1982 in Danzig wurde ihm vom Danziger Stadtpräsidenten Kazimierz Rynkowski und von General Cygan das Interesse an der Fortsetzung der guten Zusammenarbeit mit Bremen bekundet, gleichzeitig aber auf die Streitpunkte, nämlich das Bremer *Solidarność*-Büro und die Forschungsstelle für Osteuropa an der Bremer Universität, angesprochen. Walthemate wies die polnischen Vertreter darauf hin, dass die Mitglieder der *Solidarność*, die am 12. Dezember 1981 in Bremen eingetroffen seien, einer „hochoffiziellen Delegation“ – versehen mit polnischen Pässen und Visa – angehört hätten. „Insofern sei wohl eher das polnische Kriegsrecht dafür verantwortlich, wenn es in Bremen eine Exilgruppe gebe.“⁸⁷

Hans Koschnick schildert in dem Zusammenhang, dass er in Danzig insbesondere für General Cygan als *Persona ingrata* galt

⁸⁶ Vgl. Bobrowski.

⁸⁷ Weser-Kurier, 14.7.1982.

und als möglicher CIA-Agent bezeichnet wurde. Er habe deswegen erst 1985 anlässlich der Übergabe der Orgel in der Marienkirche mit seiner Frau wieder nach Danzig fahren können. Hingegen sei er vorher nach Warschau gereist, weil man ihn dort als SPD-Politiker „für politische Gespräche gebraucht“ habe.⁸⁸

Bobrowski berichtet in seinem Artikel, dass sich der polnische Geheimdienst intensiv mit dem Büro befasste, nachdem dieses mehrfach in den polnischen Medien thematisiert worden war. Die meisten Mitglieder seien auf einer „schwarzen Liste“ vermerkt worden. Andererseits sollen angeblich Mitarbeiter des CIA mehrfach Kontakt mit dem Büro gehabt haben. Der amerikanische Präsident Ronald Reagan habe in einem Brief auf die Bedeutung des Büros besonders hingewiesen.⁸⁹

In der Folgezeit wurden die Auslandsaktivitäten von *Solidarność* zunehmend durch das Zentralbüro in Brüssel wahrgenommen. Interne Streitigkeiten über Zuständigkeiten usw. trugen schließlich dazu bei, dass die bisher vom Bremer Büro allein besorgte Herausgabe der Zeitschrift *Fakten und Kommentare* ab dem 25.8.1982 nur noch vom Brüsseler Büro zentral für Europa vorgenommen wurde. Damit hatte sich die Funktion des Büros in Bremen weitgehend erledigt.

Als der neue polnische Botschafter Tadeusz Olechowski am 7.7.1983 Bremen als dem erstem Land der Bundesrepublik seinen Antrittsbesuch machte, deutete er „die grundsätzliche Bereitschaft der Regierung in Warschau an, die Lage wie vor der Krise wieder herzustellen, damit wieder übergeordnete Bedürfnisse erfüllt und der jungen Generation ein besseres Leben gesichert werden könnte. Und was das Verhältnis zwischen Danzig und Bremen angehe, so ließ der Diplomat in Nuancen durchblicken, sei man eine Verbesserung allein schon Herrn Koschnick schul-

⁸⁸ Interview mit Koschnick.

⁸⁹ Vgl. *Bobrowski*, S. 3.

dig, der sich seit vielen Jahren für die Verständigung mit Polen eingesetzt habe.“⁹⁰

Aufgrund der Verbindungen zu Bremen und der erfahrenen Hilfe in der Zeit nach der Verhängung des Kriegsrechts in Polen folgte der polnische Staatspräsident Lech Wałęsa anlässlich seines ersten Staatsbesuchs in der Bundesrepublik Deutschland der Einladung des Bremer Bürgermeisters Klaus Wedemeier und stattete der Hansestadt Bremen am 1.4.1992 einen offiziellen Besuch ab.

4. Politische Kontakte einzelner Personen mit polnischen Oppositionellen

Von polnischen Emigranten, die in Frankreich und England lebten, ist bekannt, dass sie in intensiver und ständiger Verbindung zur demokratischen Opposition in Polen standen und diese unterstützten. Sie unterhielten eigene Exilverlage und führten mit einheimischen Intellektuellen einen intensiven literarischen und politischen Diskurs. Die Bücher und Zeitschriften der Emigranten wurden in Polen sehr viel, freilich illegal gelesen.

Französische und englische Intellektuelle scheinen zu polnischen Emigranten wie auch zu Oppositionellen in Polen intensivere Kontakte gepflegt zu haben als Intellektuelle aus der Bundesrepublik.⁹¹ Als Beispiel für deutsche Intellektuelle ziehe ich hier Hans Henning Hahn, Professor für osteuropäische Geschichte an der Carl-von-Ossietzky-Universität in Oldenburg, heran. Hahn sagte, dass er zwar eine gewisse Rolle bei der Unterstützung polnischer Oppositioneller gespielt habe, fügt aber einschränkend hinzu:

⁹⁰ Weser-Kurier, 8.7.1983.

⁹¹ Vgl. *Natalie Bégin*, S. 313 ff./S. 323.

„[...] aber ich war weiß Gott nicht der einzige, der aktiv war, da gab es noch viele andere – eben ein unerforschtes Feld. Das eignet sich nicht für Selbstdarstellungen, sondern sollte solide von einem Historiker mit etwas Abstand erforscht werden.“⁹²

Hahn erinnert sich, dass er Adam Michnik⁹³ und Leszek Kola-kowski⁹⁴ erstmals 1976 in Köln begegnet sei, als sie gemeinsam an einer Veranstaltung teilnahmen.⁹⁵ Bei diesem Treffen sei man in einen intensiven Gedankenaustausch eingetreten, der in Polen fortgesetzt werden sollte. Da Hahns polnischer Schwiegervater in Warschau ansässig war, nutzte er die privaten Besuche zu weiteren Treffen mit Michnik und anderen Mitgliedern des KOR (Komitee zur Verteidigung der Arbeiter).

Hahns Fahrten nach Polen nahmen immer mehr den Charakter konspirativer Kurierdienste von West nach Ost und umgekehrt ein. Wegen geheimdienstlicher Überwachung verstand es sich, dass Botschaften verschlüsselt und Erklärungen zwangsläufig anonym oder mit Pseudonym versehen werden mussten. Während seiner ersten Kontakte mit Oppositionellen in Polen brachte Hahn eine Reihe von Werken westlicher (Günter Grass, George Orwell usw.) und russischer Literatur sowie der Exilliteratur zur Veröffentlichung bei Untergrundverlagen mit. Dazu hatte er vorher Verbindungen zu Emigranten in London und Paris aufgenom-

⁹² Brief Hans Henning Hahns an den Verfasser vom 17.3.2005.

⁹³ Adam Michnik ist polnischer Essayist und politischer Publizist; seit Mitte der 1960er-Jahre bewegte er sich in der polnischen Dissidentenbewegung, wurde mehrmals verhaftet und interniert und vertritt heute als Chefredakteur der *Gazeta Wyborcza* einen wirtschaftlich und gesellschaftlich (links-)liberalen Kurs.

⁹⁴ Leszek Kolakowski ist polnischer Philosoph, Historiker und Publizist. Er war eine der Führungspersonen der polnischen Intellektuellen und verließ Polen bereits 1968.

⁹⁵ Interview des Verfassers mit Hans Henning Hahn am 12.3.2005.

men. Diese wiederum versorgte er mit Nachrichten über die Opposition in Polen. Er berichtete über Verhaftungen von Dissidenten und initiierte Solidaritätsadressen sowie Unterschrift- und Pressekampagnen. Besonders intensiv sei eine derartige Kampagne in den Jahren 1978 bis 1980 für den mehrfach verhafteten Physiker Mirosław Chojecki gewesen, der wesentliche Funktionen in der Arbeit der Untergrundpresse des KOR gehabt habe. Von diesen Aktionen sei auch die deutsche Presse unterrichtet worden, die teilweise darüber berichtet habe. Amnesty International habe sich des Falls angenommen.

Ende der 1970er-Jahre konnte Hahn in der westdeutschen Öffentlichkeit nur ein geringes Interesse für die Lage der Opposition in Polen ausmachen. Auf der „linken“ Seite habe er die Journalistin und damalige „Maoistin“ Helga Hirsch und den in West-Berlin lebenden, aus Kaschmir stammenden, indischen Politologen Peter Raina als „Mitstreiter“ gehabt. Raina, der mit einer Polin verheiratet war, galt als hervorragender Polenspezialist mit ausgezeichneten Kenntnissen der polnischen oppositionellen Szene. Auf der mehr bürgerlichen Rechten stand Hahn mit Cornelia Gerstenmaier, Tochter des ehemaligen Bundestagspräsidenten, in Verbindung. Diese gab die deutsche Ausgabe der Zeitschrift *Kontinent* heraus und war Vorsitzende der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte. Dieser Gesellschaft gehörte auch Christoph Hyla, ein besonders aktives Mitglied, an. Er nutzte seine deutsch-polnische Zweisprachigkeit dazu, *Solidarność*-Organisationen in ca. acht polnischen Wojewodschaften mit Nachrichten aus dem Westen zu versorgen. Da er Zugang zum Bonner Büro der Tageszeitung *Die Welt* hatte, konnte er deren Telex täglich benutzen. Auf diesem Wege gelang es, das Informationsmonopol des Staates während der *Solidarność*-Epoche vom August 1980 bis Dezember 1981 partiell zu unterlaufen.

1977/78 gab Hahn anonym für den der FDP nahe stehenden Liberalen Hochschulverband in Köln eine Sammlung „Quellen

zur polnischen Opposition“ heraus, die Untergrundmaterial des KOR und von Polens bekanntesten demokratischen Oppositionellen enthielt. Darin befand sich eine Denkschrift der Vereinigung PPN (Polskie Porozumienie Niepodległosciowe, d.h. Polnische Verständigung für Unabhängigkeit). In dieser Denkschrift hat das PPN damals unzeitgemäße Gedanken über die deutsche Wiedervereinigung geäußert, die es unter der Bedingung der Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze und der Integration des wiedervereinigten Deutschland in die Europäische Gemeinschaft für möglich und erstrebenswert hielt. Carola Stern und Marion Gräfin Dönhoff, die Hahn auf diese sensationelle Denkschrift aufmerksam machen wollte, zeigten sich, wie die übrige deutsche Presse, trotz zusätzlicher Informationen an Gräfin Dönhoff durch Leszek Kolakowski, uninteressiert. Carola Stern hielt es Hahn gegenüber für „hirnrissig“⁹⁶, dass Polen sich um die deutsche Wiedervereinigung kümmern wollten. Erst ungefähr ein halbes Jahr später seien deutsche Journalisten bei einem Besuch in Warschau auf die Denkschrift aufmerksam geworden. Zuletzt sei sie in der Zeitschrift *Osteuropa* veröffentlicht worden.⁹⁷

Im Zusammenhang mit geostrategischen Überlegungen habe Adam Michnik schon 1978 gesagt, dass die außenpolitische Bewegungsmöglichkeit Polens so lange eingeschränkt sei, wie die Sowjetunion ein lebenswichtiges Interesse an ihrer Macht an der Elbe habe. Insofern seien die Polen durchaus an der deutschen Frage und Wiedervereinigung interessiert gewesen.⁹⁸

Polens Oppositionelle waren für Hahn sicherlich primär in Fragen der Menschenrechte engagiert. Dieses Engagement „beschränkte sich aber nicht auf das Lamentieren über das kommuni-

⁹⁶ Ebd.

⁹⁷ Vgl. dt. Übersetzung in: *Osteuropa. Zeitschrift für Gegenwartsfragen des Ostens*, Heft 2 (1979), S. A 103.

⁹⁸ Interview mit Hahn.

stische System“⁹⁹, sondern zeigte in geostrategischen Fragen einen gestandenen Realismus, der die Frage des politischen Interesses deutlich akzentuierte. Als Hahn polnischen Oppositionellen Rudolf Bahros Schrift „Die Alternative“¹⁰⁰ mitbrachte, bezeichneten seine polnischen Gesprächspartner diese als eine Äußerung des „klassischen Revisionismus, für die das Papier zu schade“¹⁰¹ sei, weil sie schon lange nicht mehr dem polnischen Diskussionsstand entspreche. Hier würden große Unterschiede im oppositionellen Diskurs von Polen und DDR-Oppositionellen deutlich. Konkrete Kenntnisse über die Opposition in der DDR seien in Polens Opposition auch erst Ende der 1970er-Jahre entstanden.

Hahn konnte seine konspirativen Aktivitäten bis 1979 durchhalten, bis er an der Grenze aufgefallen und in Warschau verhört worden war. Seit diesem Zeitpunkt erhielt er im Gegensatz zu seiner Frau und seinen Kindern für seine „Privatfahrten“ keine Einreisevisa mehr. Ihm war auch verwehrt worden, den Preis der damals sehr renommierten Kulturzeitschrift *Polen* persönlich entgegenzunehmen, den ihm eine hochrangige Jury für das beste im Ausland erschienene Buch über Polen verliehen hatte. Er habe sich danach immer wieder, aber leider vergeblich, um ein Visum bemüht.¹⁰² Einladungen zu wissenschaftlichen Konferenzen konnte er nicht folgen. Stattdessen gab er seine Beiträge, die auch gedruckt wurden, schriftlich ab. So wurde z.B. die polnische Übersetzung seiner Dissertation während seines Status als *Persona non grata* vom Polnischen Wissenschaftsverlag herausgegeben. Als Einzelreisender erhielt Hahn erst im Frühjahr 1989, zu Zeiten des Runden Tisches, wieder ein Visum.

Nach der Verhängung des Kriegsrechts bemühte sich Hahn um

⁹⁹ Ebd.

¹⁰⁰ *Rudolf Bahro*, *Die Alternative*. Zur Kritik des realexistierenden Sozialismus, Köln etc. 1977.

¹⁰¹ Interview mit Hahn.

¹⁰² Ebd.

öffentliche Proteste gegen das Militärregime. Sein Aufruf wurde in der Wochenzeitung *Die Zeit* am 25.12.1981 veröffentlicht.

In den ersten Januartagen des Jahres 1982 wurde Hahn von Helga Hirsch gebeten, in die Düsseldorfer DGB-Zentrale zu kommen, um bei Gesprächen mit den Danziger *Solidarność*-Vertretern, die vom Kriegsrecht in ihrer Heimat in Bremen überrascht wurden, als Dolmetscher zu fungieren. Hahn erinnerte sich an die Schwierigkeit des Gesprächs, zumal dabei zwei unterschiedliche kognitive Stile aufeinander trafen: die spontane Impulsivität der polnischen Gewerkschafter einerseits und die mehr formale, reflexive Argumentation politisch erfahrener deutscher Gewerkschaftsfunktionäre andererseits. Eine Wort-zu-Wort-Übersetzung hätte die Positionen unvereinbar gemacht und verhärtet. Hahn entschied sich für eine mehr moderierende Übersetzung und meinte, damit zu einem verträglichen Ausgang des Gesprächs beigetragen zu haben.

Einige Tage später wandte sich Bodo Hombach, damaliger Landesgeschäftsführer der SPD, unter Vermittlung des Politologen und Erziehungswissenschaftlers Manfred Wilke, an Hahn. Hombach teilte ihm das Anliegen Johannes Raus mit, „ein Zeichen zu setzen, das sich von der Haltung der Bonner SPD zum Kriegszustand in Polen unterscheidet“.¹⁰³ In diesem Gespräch wurde verabredet, dass Ministerpräsident Johannes Rau in der Staatskanzlei *Solidarność*-Mitglieder zu einem Gespräch empfangen. Nach Hahns Erinnerungen stellte er daraufhin eine Gruppe von sechs Personen zusammen. Rau fragte anlässlich des Gesprächs, was er für die polnischen Gewerkschafter tun könne, worauf der Wortführer der Gruppe, Błażej Wyszowski, darum bat, eine zweitägige Konferenz von dreißig bis vierzig in der Bundesrepublik lebenden *Solidarność*-Funktionären zu finanzieren. Die Konferenz, an der schließlich 27 als *Solidarność*-Vertreter autorisierte Personen teil-

¹⁰³ Brief Hahns an den Verfasser vom 17.3.2005.



Johannes Raus Engagement für die Solidarność – Bewegung hielt auch während der 1980er Jahre unvermindert an. 1988 traf er sich in Warschau offiziell mit Vertretern der polnischen Opposition, so u.a. mit Tadeusz Mazowiecki, dem späteren Ministerpräsidenten, und Bronislaw Geremek, dem späteren Außenminister Polens. (Oberes Bild v.l.n.r.: Botschafter Franz-Jochen Schoeller, Geremek, Mazowiecki, NN, Johannes Rau, Übersetzerin, Friedhelm Farthmann, Sozialminister des Landes Nordrhein-Westfalen). Ein Jahr später empfing er gemeinsam mit dem DGB-Vorsitzenden Ernst Breit Lech Walesa in der Düsseldorfer Staatskanzlei (unteres Bild).

nahmen, fand am 13./14. März in der SPD-Parteizentrale in Düsseldorf statt. DGB und SPD teilten sich die Kosten. Die öffentliche Wirkung war für *Solidarność* ein großer Erfolg.

Hahn beteiligte sich noch an einer weiteren Aktion des nordrhein-westfälischen SPD-Landesverbandes. Am 12.2.1982 fand in den Räumen der Düsseldorfer SPD-Landesgeschäftsstelle eine Ausstellung über die *Solidarność* statt. Das Material stammte von polnischen Emigranten, aus Privatbeständen von Klaus-Peter Schneider, Mitarbeiter der Friedrich-Ebert-Stiftung, und von Hans Henning Hahn. Klaus Staeck entwarf das Plakat, das zusammen in einer Mappe mit 41 Nachdrucken von *Solidarność*-Plakaten von ihm und Bodo Hombach herausgegeben und von Johannes Rau mit einem Vorwort versehen wurde. Hahn hielt die Einführungsrede. Die Ausstellung war bis Mai 1982 zu sehen und wurde in der Folgezeit an SPD-Ortsvereine weitergegeben.

III. Fazit

Der Umfang der Hilfsmaßnahmen aller Akteure gegenüber der *Solidarność* war enorm. Sie kamen aus allen Bereichen der Zivilgesellschaft, von Städten, Vereinen, Gemeinden, Einzelpersonen, sowie auch von staatlicher Seite.

Der Wert aller privaten Spenden dürfte etwa 430 Millionen DM allein für die gebührenbefreiten sieben Monate des Jahres 1982 ausgemacht haben. Addiert man dazu noch die Zahlen aller portopflichtigen (ca. 25 DM Porto/Paket) Sendungen von 1981 bis 1984 in Höhe von rund 5,8 Millionen Sendungen, die jeden Spender an Porto und Inhalt durchschnittlich 65 DM¹⁰⁴ kosteten, kommen weitere 375 Millionen DM hinzu. Schlägt man dann

¹⁰⁴ Dieser Wert errechnet sich aus dem durchschnittlichen Betrag für den Inhalt eines Paketes (ca. 40 DM) und den Portokosten (ca. 25 DM).

allein die im Bericht der Zeitschrift *Der Spiegel*¹⁰⁵ angeführten Werte zusätzlich an und bedenkt man die vielen ungenannten Spendentransporte usw., kann davon ausgegangen werden, dass die zivilgesellschaftliche Hilfe für Polen aus der Bundesrepublik Deutschland *mindestens eine Milliarde DM* betrug.

Es ist aber nicht nur der materielle Umfang, sondern auch die damit verbundene ideelle Haltung der bundesdeutschen Zivilgesellschaft, die erlaubt, die Polenhilfe ab 1980 zu Recht als Volksbewegung zu bezeichnen. Dazu schrieb *Der Spiegel* im Sommer 1982:

„Was die Westdeutschen während der letzten sechs Monate unternahmen, um Not leidenden Polen zu helfen, ist beispiellos: Noch nie haben die Wohlstandsbürger so viel, so freizügig, so ausdauernd gespendet, noch nie waren sie so aktiv, selber Spenden zu sammeln und Hilfsorganisationen zu organisieren.“¹⁰⁶

Wie erklärt sich diese unerwartete Sympathie der deutschen Öffentlichkeit für Polen?

Konnte nicht davon ausgegangen werden, dass es nach dem Erlebnis des Zweiten Weltkriegs erhebliche Ressentiments gab? Zählte Polen nicht zu den kommunistischen Ländern, für die man nichts übrig hatte? Hatten sich die Polen mit ihrer „Streikfreudigkeit“ ihr Elend letztlich nicht selbst zuzuschreiben? Oder waren antikommunistische Ideologien sogar motivierend für die vielen Helfenden?

Der damalige Chefredakteur der *Hannoverschen Allgemeinen Zeitung*, Wolfgang Wagner, nannte in seinem Leitartikel vom 20.12.1980 mit dem Titel „Unser polnisches Wunder“ verschiedene Gründe. Dazu gehören:

¹⁰⁵ *Der Spiegel* 23 (1982), Polenhilfe: Eine echte „Volksbewegung“, S. 84.

¹⁰⁶ Ebd.

„Ein Gefühl der Verbundenheit mit Männern wie Lech Wałęsa, eine fast freundschaftliche Anteilnahme, gesteigert durch die doppelte Bewunderung für den Mut, mit dem dieser Aufbruch in Szene gesetzt worden ist, und für die kluge Besonnenheit, die bisher die Männer der ‚Solidarität‘ gezeigt haben. Zum ersten Mal wird anerkannt, daß die Polen, auf die man früher so abschätzig herabblickte, eine große Nation sind, die größte, eigenwilligste, unbezähmbarste in dem Imperium, das die Sowjetunion am Ende des zweiten Weltkriegs an ihrer Grenze errichtet hat.“¹⁰⁷

Die spontane Hinwendung zu diesem Nachbarland kann auch als ein Zeichen für die Überwindung eines Überheblichkeitsgefühls gegenüber Polen gedeutet werden. Bis auf wenige Einlassungen spielten Reminiszenzen an die polarisierenden Debatten Anfang der 1970er-Jahre über die Ostverträge so gut wie keine Rolle.¹⁰⁸ Ja, politisch Denkende sahen schon damals in Polen mögliche Verbündete bei der Überwindung des sterilen Ost-West-Gegensatzes. Polen waren im politischen Fühlen den Westdeutschen sehr nah, eben viel „westlicher“. Anspielend auf die Appelle von Bundespräsident, Regierung, Parlament und Prominenten aus Kirche, Wissenschaft und Kultur, führte Wagner dazu aus: „Das Verlangen nach Solidarität mit Polen ist in diesen Wochen so stark, daß es jede Hilfsmaßnahme für dieses Volk auch ohne hochpolitische Begründung trägt.“¹⁰⁹

Mitunter begegnet man dem Argument, dass mit der zivilgesellschaftlichen Hilfe aus Westdeutschland unsensibel gegenüber Polen „geprotzt“ werde und die Hilfe in den deutsch-polnischen

¹⁰⁷ „Unser polnisches Wunder“, in: HAZ, 20.12.1980.

¹⁰⁸ Ganz im Gegenteil ist zu konstatieren, dass in vielen Fällen parteiübergreifend agiert wurde. Sowohl in Hannover wie in Bremen haben sich führende CDU-Politiker der Polenhilfe angeschlossen.

¹⁰⁹ „Unser polnisches Wunder“, in: HAZ, 20.12.1980.

Beziehungen politisch instrumentalisiert werden könne. Nach einer derartigen Auffassung hätten sich Polen in ständiger „Dankbarkeit und Demut“ gegenüber den Deutschen zu verhalten. Dies mag vielleicht in ganz seltenen Fällen vorgekommen sein. Zu fragen ist vielmehr, ob es angesichts von Schnelllebigkeit und Vergesslichkeit unserer Zeit nicht eher so aussieht, als werde die Erinnerung an diese deutsche Volksbewegung immer schwächer und bedeutungsloser.¹¹⁰

Bleibt noch der Vorwurf zu erörtern, ob die Zurückhaltung der deutschen politischen Elite, insbesondere der Sozialdemokraten, hinsichtlich lautstarker Deklamationen und gegenüber Forderungen nach wirtschaftlichen Boykott-Maßnahmen dem deutschen Ansehen geschadet hat. Dieses mag in gewissem Maße zutreffen. Aus Rücksicht auf die Strategie einer auf längere Sicht angelegten Friedens- und Sicherheitspolitik wurde der im polnischen Konflikt vorherrschende Freiheitsgedanke vernachlässigt. Es wurde möglicherweise zu wenig bedacht, dass es in angespannter Krisensituation eben auch auf die politische Geste ankam, die als solche im Gedächtnis haften bleibt. Was hätte man sich vergeben, wenn man, wie der französische Staatspräsident und die französischen Sozialisten, entschiedener den Protest vorgetragen hätte?¹¹¹

¹¹⁰ Heute sind die Beziehungen Polens und Deutschlands wieder häufiger von Misstrauen geprägt. Dies lässt sich z.B. an verschiedenen Auseinandersetzungen ablesen wie an der um das „Zentrum gegen Vertreibungen“. Vgl. hierzu *Jerzy Kranz*, Polen und Deutschland: getrennte oder gemeinsame Wege der Geschichtsbewältigung? Juristischpolitische Bemerkungen aus polnischer Sicht (Gesprächskreis Geschichte, Heft 61), Bonn 2005 und die Beiträge in: Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ) 5-6 (2005).

¹¹¹ Natalie Bégin spricht in ihrem jüngst erschienenen Aufsatz von einer „Doppelstrategie“ der Gewerkschaften, die man auch auf den Staat übertragen kann: Man versuchte einerseits, die Entspannungspolitik weiterzuführen; entsprechend war der Rahmen, in dem man *Solidarność* unterstützen konnte, eng gesteckt. So lag der Schwerpunkt der Unterstützung für die *Solidarność* auf direkten Hilfsmaßnahmen, nicht auf öffentlich wirksamer Agitation. Vgl. *Natalie Bégin*, S. 323.

In gewisser Weise verstand sich die überwältigende spontane Reaktion der deutschen Zivilgesellschaft auch als Kompensation dieses Mangels. Sie hat damals erheblich, in Polen wie in Deutschland, zur Verbesserung der deutsch-polnischen Beziehungen auf der zivilgesellschaftlichen Ebene beigetragen. Sie hat damals – wie der polnische Staatspräsident Aleksander Kwasniewski zu Hans Koschnick sagte – den „ersten großen Spalt im Eisernen Vorhang geöffnet“.¹¹²

¹¹² Interview Koschnick am 3.3.2005.

IV. Anhang

Ausgewählte Schlagzeilen von Zeitungen aus dem Bereich Hannover:

HAZ 21.5.1981: CDU-Fraktion ruft zu Hilfe für Partnerstadt Posen / Mitgliederspendendosen

HAZ 3.7.1981: Hannover will Posen mit Medikamenten helfen

HAZ 4.7.1981: Posener Kinderkrankenhaus bittet Hannover um Hilfe

HAZ 8.8.1981: Stadt schickt Medikamente an Krankenhäuser in Posen

HAZ 12.8.1981: Auch Kinderstationen in Posen erhalten Arzneien

Hannoversches Wochenblatt 20.8.1981: Dank aus Posen für Hilfe an Polen

NHP 22.8.1981: „Die Freude war riesengroß“ – Lehrer brachte Medikamente nach Posen

HAZ 22.8.1981: Hannoveraner brachten Medikamente nach Posen

HAZ 2.9.1981: Lehrer verkauften Kuchen zugunsten Posener Kinder

HAZ 23.10.1981: Hannover schickt noch Medikamente nach Posen

HAZ 31.10.1981: Bei Hilfssendungen nach Polen sollte man die Erfahrungen anderer nutzen / Private Pakete werden oft beschädigt / Verbände und Vereine sammeln Geld für Lebensmittel / Unternehmer stellen Transporter zur Verfügung

HAZ 6.11.1981: Die Spenden sollen einen Sattelschlepper füllen / Matthias-Gemeinde und „Round Table“ begannen große Hilfsaktion für Polen

HAZ 24.11.1981: Die Freude der Polen werden die Hannoveraner nicht vergessen / Weitere Spendenaktionen sind geplant / Die Not ist groß

-
- HAZ 2.12.1981: Abenteuerliche Fahrt nach Pabianice in Polen / Ein Schutzengel behütete den Sattelschlepper auf der Brücke / Pastor Seifert berichtet über den hannoverschen Spendentransport
- HAZ 4.12.1981: Organisationen rufen zur Posen-Hilfe auf
- HAZ 5.12.1981: Universität in Posen bittet um Medikamente
- NHP 7.12.1981: Neue Sendung Medikamente geht nach Polen
- HAZ 28.1.1982: Lehrter Landwirt chauffiert Spendenfracht nach Polen / Hilfe aus Hannover für die Partnerstadt / Den Kindern in Posen gingen beim Ausladen die Augen über/ „Alle Magazine sind leer“/ ASB nimmt auch Privatpakete mit
- HAZ 29.1.1982: „Unsere Arznei kann Posener Kinder retten“ / Deutsch-Polnische Gesellschaft hilft Kinderkliniken / Auch die Stadt richtet Spendenkonto ein
- HAZ 1.2.1982: Gymnasiasten praktizierten Hilfe / Schüler backten Kuchen für Medikamente in Polen / Von dem Erlös sollen Medikamente gekauft werden
- Einbecker Morgenpost 3.2.1982: Hilfe für leukämiekranker Kinder
- HAZ 4.2.1982: Hannoversche Schüler sammelten für Polen
- HAZ 18.2.1982: Künstler helfen Posener Kollegen
- HAZ 3.3.1982: Stadtkirchenverband fördert die unmittelbare Hilfe für Polen / Transport der Friedenskirche musste an der Grenze umkehren / Die Millionen-Transporte des DRK helfen polnischen Krankenhäusern / In Bothfeld startet heute der erste Lastwagen-Konvoi
- HAZ 5.3.1982: „Solidarität gibt unseren Träumen Hoffnung“ / Busunternehmer brachte Hilfstransport nach Polen / Gezielte Medikamentenspenden geplant
- HAZ 23.3.1982: Die Polen-Hilfe läuft auf gut gelagerten Kugellagern / Regelmäßige Transporte nach Polen / „Versorgungslage in Krankenhäusern entspannt“ / „Sie beten, daß mal ein Lastwagen liegen bleibt“ / An der Kleinstadt Walcz rollten die Hilfstransporte immer vorbei / Annemarie Wilczynski berichtet von ihrer Polen-Aktion

- HAZ 7.4.1982: Care Hannover will weiter Pakete für Polen packen
Hildesheimer Allgemeine Zeitung 29.4.1982: Gewerkschaftsbund hilft kranken Kindern / Kinderklinik in Posen bekommt 6.191-Mark-Spende von Hildesheimer Gewerkschaftern
- HAZ 6.5.1982: „Die Solidarität mit den Polen werten wir als großen Erfolg der Ostpolitik“ / Erklärung der Deutsch-Polnischen Gesellschaft Hannover
- HAZ 15.5.1982: Die Fahnen verdrängen die Kreuze nicht / Eindrücke von einem Spendentransport des Kirchenkreises Nord-West ins polnische Walcz
- HAZ 15.6.1982: „Unsere Hilfe ist für viele der kleinen Patienten die Rettung“ / Medikamentenspenden für leukämiekranken Kinder in Posen
- NHP 15.6.1982: Posener Klinik braucht dringend Medikamente / Hilfe aus Hannover für kranke Kinder in Polen
- HAZ 19.6.1982: Ministerpräsident unterzeichnet Aufruf für weitere Polenhilfe / Stadt und Organisationen appellieren an Hannoveraner
- HAZ 29.7.1982: In Posen trafen medizinische Hilfsgüter aus Hannover ein / Transfusionsbestecke fehlen
- NHP 8.9.1982: Eine Professorin aus Polen bedankt sich bei Hannoveraner: „70 Kindern geht es besser, weil Sie geholfen haben!“
- HAZ 30.9.1982: In der Tellkampfschule stapeln sich die Pakete / Tellkampfschüler sammelten für Polen
- HAZ 2.10.1982: Matinee für Polen / Benefiz-Konzert zugunsten kranker Kinder im Posen
- HAZ 14.10.1982: „Es fehlt in Polen an allen Ecken und Enden“ / Spendensammler Gerhard Zandecki von 35. Fahrt zurück
- HAZ 15.10.1982: Posens Stadtdirektor bedankt sich bei den Hannoveranern / Deutsch-polnische Gesellschaft brachte Arzneien und Kleidung
- HAZ 22.11.1982: Hilfsaktionen sollen Teil der Satzung werden